Nr. 268. Halle (Saale), Mittwoch, den 14. November 1917. 28. Jahrg.

Das Volksblatt erscheint jeden Werktag nachmittag. Der monatliche Bezugspreis beträgt 80 Pf. frei ins Haus; durch die Post bezogen 70 Pf. oder vierteljährlich 2,10 Mk. ohne Bestellgeld.

„Die Neue Welt" (wöchentlich erscheinende Unterhaltungs-Beilage) kostet monatlich 10 Pfg.

Schriftleitung: Harz 40/44. Fernsprech. 1046. Sprechstunde: werktags von 12 bis 1 Uhr mittags.

Volksblatt

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga und die Mansfelder Kreise.

Die Anzeigengebühr beträgt für die 46 mm breite Millimeterzeile ab, deren Raum 80 Pf., für auswärtige Anzeigen 35 Pf., Anzeigen unter Text (92 mm breite Reklamezeile) 75 Pf.

Anzeigen für die nächste Ausgabe sind bis morgens 10 Uhr in der Geschäftsstelle oder bis 9 Uhr in den Filialen aufzugeben (größere Anzeigen möglichst am Tage vorher).

Hauptgeschäftsstelle: Harz 40/44. Fernsprecher 1047. Geöffnet: werktags ununterbrochen v. 7 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Deutscher Heeresbericht.

Großes Hauptquartier, 14. November 1917. (W. T. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Keine größeren Kampfhandlungen. In Flandern lebte das Artilleriefeuer erst am Abend wieder auf; es nahm bei Dixmuide und nördlich von Paschendaele erhebliche Stärke an.

Oestlicher Kriegsschauplatz und mazedonische Front nichts Besonderes.

Italienische Front.

In den Sieben Gemeinden erstürmten unsere Truppen tief verschneite Höhenstellungen der Italiener östlich von Asiago und das Panzerwerk auf dem Mte. Lisser. Primolano und Feltre sind in unserem Besitz. Längs der unteren Piave Artilleriefeuer.

•

Zur Lage in Italien.

Die offiziösen Berichte besagen, daß der Vormarsch unaufhaltsam weitergehe. Weitere Höhenstellungen wurden genommen. Im österreichischen Bericht wird mitgeteilt: Die Truppen des Feldmarschalls Conrad haben in den letzten Tagen über 2500 Gefangene eingebracht. Im Cordevole-Tal wurde ein italienisches Regiment aufgerieben und zur Waffenstreckung gezwungen. Wir führten einen Oberst, vier Stabsoffiziere und 4000 Mann als Gefangene ab.

•

Die offene Stadt Venedig. Aus dem italienischen Hauptquartier melden die Daily News: Um den Feinden jeden Schatten des Vorwandes zu nehmen, Venedig als Festung oder als Teil der italienischen Verteidigungsanlagen anzusehen, ist es jedermann verboten, in Uniform die Stadt zu betreten. Die übrige Bevölkerung wurde, aufgefordert, auf Staatskosten die Stadt zu verlassen.

In Mailand wird gegenwärtig eine große Armee aus italienischen, französischen und englischen Einheiten zusammengestellt. In der Stadt treffen Scharen von Flüchtlingen aus dem Kriegsgebiet ein. Die Panik wächst. Den Basler Nachrichten zufolge schreibt die Gazetta Ticinese, eine rasche Gegenoffensive der Italiener sei ausgeschlossen. Italien habe ein Drittel seiner Artillerie verloren. Weiter sei auch nicht mehr auf die Moral der Truppen zu hoffen. Italien könne nur dann Widerstand leisten, wenn es alle kriegsfeindlichen Regungen niederhalte.

•

Die verlorenen italienischen Provinzen zählen die Blätter wie folgt auf: Von den acht Provinzen des Landesteiles Venetien habe Italien bereits die größte, Udine, mit rund 6600 Quadratkilometer und 628 000 Einwohnern vollständig verloren; ebenso dürften die Provinzen Belluno und Treviso mit rund 3900 Quadratkilometer und 491 000 Einwohnern, zusammen also rund 10 000 Quadratkilometer mit über eine Million Einwohnern für Italien verloren sein.

•

Ueber zwei Millionen Kriegsgefangene in Deutschland. Die Zahl der Kriegsgefangenen in den deutschen Gefangenlagern hat die zweite Million überschritten. Die noch auf dem Transport befindlichen Gefangenen sind in dieser Zahl nicht enthalten, ebenso nicht die in Quarantäne liegenden und die durch Austausch abgegangenen Gefangenen. Auch die Gefangenen der Verbündeten sind nicht mitgezählt.

•

Die Luftangriffe auf Deutschland.

Amtlich wird gemeldet: Berlin, 13. November. Unsere Gegner benutzten die meist günstige Wetterlage im Oktober zu 19 größeren Angriffen auf das luxemburgisch-lothringische Industriegebiet und 14 Angriffen gegen die Städte Stuttgart, Trier, Koblenz, Dortmund, Tübingen, Frankfurt a. M., Pirmasens sowie mehrere Städtchen in der Pfalz, in Baden und im Rheingau. Bei den Angriffen auf die Industriegebiete an der Saar und Mosel blieb der angerichtete Schaden durchweg gering. Betriebsstörungen, auch nur von kurzer Dauer, wurden nicht ein einziges Mal hervorgerufen. Der lange Zeit vorher in der Auslandspresse angekündigte Massenangriff auf West- und Süddeutschland gelangte in der Nacht vom 2. zum 3. Oktober bei sehr günstiger Wetterlage zur Ausführung. Dem Angriffe fielen 2 Tote und 15 Verletzte zum Opfer; im übrigen blieb er bis auf geringen Sachschaden völlig wirkungslos. Die anderen Angriffe auf das Heimatsgebiet verursachten bis auf zwei leichte Beschädigungen an Bahngleisen keinerlei militärischen Schaden und nur unbedeutenden Schaden an Privathäusern. Durch die Angriffe wurden im ganzen 17 Personen getötet und 76 meist leicht verletzt, darunter 14 Kriegsgefangene. Zwölf der an diesen Angriffen beteiligten Flugzeuge wurden entweder brennend abgeschossen oder durch unsere Abwehrmaßnahmen zur Landung gezwungen; ein feindliches Flugzeug, das sich völlig verirrt hatte, landete in der Schweiz und wurde interniert. Den wirksamen Maßnahmen unseres Heimatluftschutzes ist es zu danken, daß auch in diesem Monat die Hoffnung der Feinde auf die Zerstörung friedlicher deutscher Städte und die Vernichtung unserer Rüstungsindustrie vereitelt wurde.

•

„Die Bande von Verrätern."

Englische Lästerung der russischen Revolution.

London, 13. November. (Reuter.) Amtliche Kreise in London können die Bande von Verrätern, die zeitweilig in Petersburg die Oberhand bekommen haben, nicht anerkennen.

Ist das die Antwort der englischen Regierung? Es soll wohl ein Vorbilden gewisser Kreise sein, die den Krieg um jeden Preis fortsetzen wollen.

Ententereden für weiteren Krieg.

Painlevé, der französische, und Lloyd George, der englische Machthaber, haben sich zu der neuen Kriegslage geäußert, die durch das Ausscheiden Rußlands und den italienischen Zusammenbruch geschaffen worden ist. Sie beharren gleichwohl unbedingt auf dem Kriegswillen. Painlevé sagte:

„Diejenigen, welche unter den gegenwärtigen Umständen an Frieden denken, verraten die heiligsten Interessen des Vaterlandes und der Menschheit. Ein derartiger von der Welt unter der triumphierenden Drohung des preußischen Militarismus angenommener Friede wäre ein Friede der Demütigung und des Elends. Nein! Die Parole ist: Kampf und nur Kampf bis zu jenem Tage, wo sich auf dem Schlachtfelde das Recht triumphierend erheben wird!"

Lloyd George hielt in Paris eine Rede, in der er sagte: Die Mißerfolge, die die Alliierten in Serbien, Rumänien und Rußland ebenso wie in Italien erlitten hätten, seien die Folge, daß die Alliierten vier Kriege anstatt eines einzigen geführt hätten. Es würde zu nichts führen, die ganze Tragweite des Unglückes in Italien nicht zu erkennen. Das Maß, in dem verhindert werden kann, daß aus diesem Unglück eine Katastrophe werde, hängt von der mehr oder weniger schnellen Art und Weise ab, mit der wir durch Handeln die notwendige Einheit aller Fronten zur Tatsache machen. Der Krieg wurde durch den Partikularismus verlängert und wird durch die Einheit abgekürzt werden. Ich gehöre nicht zu denjenigen, die an Rußland verzweifeln, aber selbst wenn man an Rußland verzweifeln müßte, bleibt mein Glaube an den endgültigen Triumph der Sache der Alliierten unerschütterlich.

Diese Kriegsreden liegen durchaus in der Richtung, wie die imperialistischen Machthaber die Kriegsfrage sehen. Aber sie klingen sehr gekünstelt und verraten doch, daß in absehbarer Zeit an Verständigung gedacht werden muß. Ob dazu erst noch ein Druck der eigenen Völker notwendig wird, hat sich zu zeigen.

Auch Wilson für Kriegsgewinnung!

Buffalo, 12. November. (Reuter.) Auf der Jahresversammlung der amerikanischen Federation of Labour (Gewerkschaften) hielt Präsident Wilson eine Rede, in der er u. a. sagte: Dies ist der letzte und entscheidende Kampf zwischen dem Machtprinzip und dem Freiheitsprinzip. Der Krieg wurde von Deutschland begonnen. Die deutsche Regierung stellt das in Abrede, aber ich warte ruhig das Urteil der Geschichte ab. Deutschland hatte seinen Plan an dem Sonne. Warum war es nicht zufrieden? Was will es noch mehr? Ich glaube wohl, daß der Geist der Freiheit das deutsche Volk durchdringen kann, wie jedes andere Volk, aber er verträgt sich nicht mit den Plänen der Alldeutschen. — Deutschland will immer wieder mit uns über den Frieden sprechen. Belgien, Nordfrankreich und Elsaß-Lothringen, über die es sprechen will, sind zwar sehr wichtige Gegenstände, aber sie treffen nicht den Kern der Sache. Wenn die Karte von Europa so bleibt, wie jetzt, wird Deutschland immer in der Lage sein, den Weltfrieden zu stören. Deutschland will die ganze Welt politisch beherrschen. Ein derartiger Ehrgeiz hat schon früher mehrmals bestanden und wurde auch teilweise verwirklicht. Aber nie zuvor ist ein solcher Ehrgeiz auf einem so genau ausgearbeiteten wissenschaftlichen Plan zur Erreichung der Vorherrschaft aufgebaut worden. Ich bin überrascht, daß es Gruppen von Menschen gibt, wie im Augenblick gewisse Kreise in Rußland, die glauben können, daß sie ohne Gefahr von Seiten Deutschlands würden leben können. Ich habe nichts gegen die Bestrebungen der Pazifisten einzuwenden, nur gegen ihre Einfalt. Sie wissen nicht, wie man zum Frieden gelangen kann; ich aber weiß es. Wilson sagte zum Schluß, daß er in der Person des Obersten House einen der größten Friedensfreunde nach Europa geschickt habe, aber nicht, um über den Frieden zu verhandeln, sondern um zu sehen, wie der Krieg gewonnen werden kann.

•

Painlevé schon abgetan!

Ein Hoffnungsstrahl aus Frankreich?

Paris, 13. November. (Havas.) Nach Besprechung von Interpellationen über die diplomatische und militärische Lage nahm die Kammer mit 250 gegen 192 Stimmen eine Vertrauens-Tagesordnung für die Regierung an. Nach Schluß der Kammer trat das Ministerium zurück.

•

Der Regierungsrücktritt kommt nicht überraschend. Dieser Schritt wurde notwendig, weil die Mehrheit für die Regierung in unaufhaltsamem Schwund begriffen ist. Zwar wurde das Vertrauensvotum noch äußerlich mit etwas über 50 Stimmen durchgedrückt, aber niemand täuscht sich, daß Painlevé verschwinden muß. Seine Regierung hat nicht die Kraft, die Bourgeoisie für die Kriegführung zu begeistern, so daß sie keinen sichern Regierungsblock halten kann. Ob der Regierungsrücktritt bessere Aussichten auf ein Einlenken zur Friedenspolitik eröffnet, ist freilich noch nicht zu erkennen. Sicher war nur, daß die Regierung Painlevé für die weitere Staatsführung nicht in Frage kommt. Es ist nicht ausgeschlossen, daß Painlevé in einem neuen Kabinett verbleibt, doch wird es wohl eine andere Führung und Zusammensetzung bekommen. Man behauptet, Clemenceau sei der kommende Mann, der freilich versuchen wird, noch einmal eine „gigantische Kriegführung" anfzutakeln. Daran wird auch er scheitern. Auch Briand soll wieder als Retter gedacht sein, doch das wäre nur ein Fortwursteln ohne Aenderung. Die Sozialisten haben Painlevé scharf bekämpft. Ob sie eine neue Regierung unterstützen werden, ist nicht abzusehen. Die regierungssozialistische Rechtsmehrheit will ja „energische Kriegführung, um zum Frieden zu kommen", aber sie wird sich bald überzeugen, daß das ein Fehler und ein Verbrechen wäre. Auf der Tagesordnung steht jetzt die Lebensfrage der Arbeiterklasse:

Zustimmung zu Friedensverhandlungen!

Wer dagegen handelt, schneidet sich selbst den Lebensnerv im Proletariat und in der sozialistischen Internationale ab.

•

Eine neuere Meldung besagt: Paris, 13. November. Die Regierung forderte die Vertagung der Interpellationen über die gerichtlichen Zwischenfälle. Die Kammer lehnte die Vertagung mit 272 gegen 186 Stimmen ab und brachte hierdurch die Regierung in die Minderheit.

Kampf um Frieden.

Zur Lage nach dem russischen Angebot.

Das russische Angebot auf einen sofortigen Waffenstillstand und unmittelbare Verhandlungen für einen Frieden ohne Annektionen ist eine Tat, die sich in das weitere Geschehen tief eingräbt und nicht mehr ausgelöscht werden kann. Das bleibt richtig, selbst wenn es wahr sein sollte, daß die neue proletarische Regierung dies Angebot noch nicht förmlich an die Mächte erlassen, sondern das Ganze vorerst der Beschluß des Kongresses der Arbeiter- und Soldatenräte geblieben sei. Die neue Regierung kann gar nicht anders, als den Beschluß zu dem ihren zu machen, ja, sie hat ja unter dieser Parole überhaupt die Macht ergriffen. Fraglich ist nur, wie weit der Kampf um die Sicherung der Macht gediehen und ob er mit dem vollen Erfolge endet. Das einzig Sichere, das aus den Nachrichten und Gerüchten hervorgeht, ist, daß zurzeit noch schwere Kämpfe hin- und herwogen. Ueber den Ausgang des blutigen Ringens widersprechen sich die Meldungen in krassester Form. Die Militärmacht, die Kerenski im Bunde mit Kornilow und dem Kosakengeneral Kaledin hinter sich gebracht hat, soll die Truppen der proletarischen Revolution geschlagen haben und in Petersburg eingezogen sein. So melden die trüben Quellen der Reaktions- und Kriegsfreunde. Das Umgekehrte, den Sieg der Revolutionssoldaten über die Reaktionsregimenter wird in letzter Stunde behauptet und kundgemacht. Verbürgt ist nichts, so daß man weiteres abwarten muß.

Aber selbst wenn das Unglückseligste geschähe, daß der reaktionären Militärgewalt ein Schlag gelänge, so wäre die Macht der Sowjets weder gebrochen noch vernichtet. Diese proletarische Revolutionsorganisation wurzelt viel zu tief im Volke, um zerstört werden zu können. Und ihre Grundsätze: Waffenstillstand! Frieden! Verständigung! Völkerselbständigkeit! sind für Rußland zur Lebensfrage geworden, so daß das Friedensangebot des Sowjetkongresses als Volksprogramm bestehen bleibt.

Der Ruf, einmal erlassen, kann auch von den andern Mächten nicht mehr aus der Welt geschafft werden. Sie haben sich dazu zu stellen! Die Staatsmänner der Entente: Painlevé, Lloyd George und Wilson halten Kriegsreden, aber sie tönen hohl — und Painlevé mußte schon abtreten. Die Völker der Entente werden hellhöriger sein und ein anderes Echo finden. Die Regierungen der Mittelmächte müssen eine Politik verfolgen, die die Friedensfindung vertieft und weiter treibt. Die deutsche Arbeiterklasse kann nicht in Massenversammlungen ihre Stimme erheben, aber sie spricht durch ihre sozialistischen Organe, daß sie für freudiges Ergreifen der von Rußland ausgestreckten Hand eintritt. Der Weg der Verständigung muß von allen Seiten beschritten werden!

•

Begrüßung der neuen russischen Regierung durch die Unabhängige deutsche Sozialdemokratie.

Die Parteileitung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands hat dem Sowjet über Stockholm folgendes Begrüßungstelegramm gesandt:

„Die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands sendet dem russischen Proletariat zur Ergreifung der politischen Macht wärmste Glückwünsche. Möchte es ihm, unterstützt von dem Proletariat der anderen Länder, gelingen, rasch einen Frieden ohne offene oder verschleierte Annektionen auf irgend einer Seite herbeizuführen."

Die Hand nicht zurückstoßen!

Aus den Besprechungen des Friedensangebots in der Parteipresse sei zitiert: Leipziger Volkszeitung: Wenn die Regierungen der Mittelmächte es mit ihrer Friedensbereitschaft, die sie so oft betont haben, nur einigermaßen ernst nehmen, so werden sie die von Petersburg dargebotene Hand nicht zurückstoßen und auch nicht unbeachtet lassen dürfen. Der Vorwärts verspricht, daß die deutschen Arbeiter, die ohne Unterschied der sozialistischen Richtung den russischen Vorschlag als einen vielverheißenden neuen Schritt zum Frieden begrüßen, zu seiner lebhaftesten Unterstützung bereit sind, daß sie es nicht dulden werden, daß der russische Vorschlag von der deutschen Regierung etwa mit jenem Hochmut behandelt werde, der sich in der französischen Regierungspresse kundgebe. Die deutschen Arbeiter erwarteten, daß der russische Vorschlag achtungsvoll behandelt und günstig aufgenommen werde. Die Regierungssozialisten scheinen zu erwarten, daß sie in der Friedensfrage mehr durch den Einfluß ihrer Führer auf die Regierung erlangen könnten, als durch die Arbeiterschaft selber. Sie verfallen auch in dieser Situation wieder in das unselige Diplomatisieren, das sie Schritt für Schritt rückwärts geführt hat. Die Chemnitzer Volksstimme, die es in ihrer Sonnabend-Nummer für nötig hielt, hervorzuheben, daß „das Friedensprogramm der Leninleute keineswegs glatt von Deutschland und den Mittelmächten akzeptiert werden könnte", hat bis zum

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219171114-15/fragment/page=0001

Montag erkannt, daß es denn doch nicht angeht, sich der allgemeinen Forderung, daß diese Gelegenheit, den Krieg zu beenden, mit aller Energie ausgenutzt werde, zu widersetzen. Auf einmal ist sie überzeugt, daß „wir die Ehrlichkeit des deutschen Friedenswillens so deutlich beweisen“ müssen, „wie noch nie zuvor“, wobei sie beruhigend hinzusetzt, für solche, die es nötig haben: „Wir können das auch in der Zeit solcher Siege, wie wir sie jetzt seit Monaten erringen, so ruhig wie noch nie tun.“ Dann aber folgt die Darlegung, daß der gegebene Weg dazu die politische Isolierung Englands innerhalb der Entente sei. Das Chemnitzer Blatt benutzt also die Gelegenheit, um die Verständigung mit Rußland auf Kosten der Westmächte zu predigen. Das ist regierungssozialistische Friedenspolitik in diesem entscheidenden Moment!

*

Das Friedensangebot noch nicht eingegangen.

Wien, 13. November. Regierungsoffiziös wird verkündet: Der Beschluß des Kongresses der Arbeiter- und Soldatenräte bedeutet nicht einen Friedensvorschlag selbst, er ist eine Anweisung an die russische Regierung, im Sinne dieses Beschlusses an die Regierungen der kriegführenden Staaten mit einem Friedensvorschlag heranzutreten. Ob und in welchem Umfang das Petersburger Kabinett sich den Beschluß des Kongresses zu eigen machen wird, wissen wir nicht. **Tatsächlich ist ein solcher Friedensvorschlag bis zur Stunde weder in Wien noch in Berlin eingetroffen**, und es liegen den Mittelmächten auch keine Vorschläge der russischen Regierung wegen eines Waffenstillstandes vor. Solange aber die neuen Machthaber in Rußland mit den Vorschlägen nicht an uns herangetreten sind, kann unsere Regierung in dieser Frage nichts unternehmen. So wie die Dinge in Rußland augenblicklich liegen, läßt sich heute nicht sagen, ob die maximalistische Regierung sich an der Macht erhalten wird. Bevor der Kampf zwischen den Anhängern Kerenskis und Lenins nicht ausgefochten ist, wird die Friedensfrage im Sinne des Beschlusses des Kongresses der Arbeiter- und Soldatenräte nicht in Fluß geraten. Sollten aber die Maximalisten die Oberhand behalten und ihre Regierung dann in dem bewußten Sinne mit einem Friedensangebot hervortreten, dann wird unsere Regierung sofort das Einvernehmen mit den Verbündeten herstellen und gemeinsam mit ihnen zu diesem Antrag Stellung nehmen.

Die Erklärung schließt: Wie schon gesagt, kann das Programm des Kongresses den Ausgangspunkt für ernste Friedenserörterungen mit der russischen Regierung bilden. **Der gerechte Friede ohne Annektionen und Kontributionen, den es im Auge hat, ist auch das Ziel der österreichisch-ungarischen Regierung.** Allerdings deckt sich das, was wir unter Annektionen verstehen, nicht mit dem, was die heutige russische Regierung damit meint. Zu diesem Punkte müßten unsrerseits Gegenvorschläge gemacht werden, die ja von der russischen Regierung geradezu erwartet werden, da sie offenbar selbst erkennt, daß ihr Begriff von Annektion viel zu weit gespannt ist.

*

Die Meldungen über die Kämpfe.

London, 13. November. (Reuter.) Die Admiralität teilt auf Grund eines drahtlosen russischen Preßberichtes mit:

Nach einem heftigen Gefecht, das gestern in der Gegend von Zarskoje Selo stattfand, hat die revolutionäre Armee, die unter dem Befehl Kerenskis und Kornilows stehenden Streitkräfte der Gegenrevolution vollständig geschlagen.

Wien, 13. November. Kriegspressequartier. Nach allen einlaufenden Nachrichten wäre es jedenfalls verfrüht, den Sieg Kerenskis über die Truppen des Arbeiter- und Soldatenrats als vollendete Tatsache anzunehmen. Es hat im Gegenteil den Anschein, als neigte sich der Erfolg in den blutigen Kämpfen bei Petersburg auf die Seite der Bolschewiki. — Ein Aufruf Trotzkis an die Armeen spricht von **dem ruhmvollen Schlag, der in der Nacht auf den 13. November in der Nähe der Hauptstadt gegen Kerenski geführt worden sei.** Diese Nacht gehöre der Geschichte an. Noch dauere der Kampf an, noch beständen Hindernisse, aber die Sache sei der Opfer wert. — An der russischen Front nehmen die Sympathiekundgebungen für den Arbeiter- und Soldatenrat an Umfang zu.

Neue Gerüchte von dem Siege Kerenskis werden weiter ausgesprengt. Die Bolschewisten seien bei Zarskoje Selo geschlagen worden. **Kerenski, Kornilow und Kaledin hätten sich vereinigt und riefen zum Kampfe gegen die Bolschewiki auf.**

Eine sibirische Zarengruppe? Eine Petersburger Meldung will behaupten, daß sich Sibirien unabhängig erklärt und den ehemaligen Zaren zum „Kaiser von Sibirien“ ausgerufen habe. Wo das geschehen sein soll, wird nicht gemeldet. Die Gerüchte schwellen unheimlich an. Ein anderes besagt, Japan und China würden jetzt gegen Rußland eingreifen — usw.

Weitere Meldungen. Berlin, 14. November. Die Blätter berichten: Ein schwedischer Kurier sagte aus, daß seit Donnerstag in Petersburg der Pöbel herrsche. Räuberbanden durchzögen die Straßen, Arbeiterfrauen durchsuchten die Wohnungen der Bemittelten in Begleitung bewaffneter Mitglieder der Roten Garde.

England setzt Rußland auf Hunger! Aus London wird bekannt: Alle englischen Handelsschiffe, die mit Kriegsmaterial und Lebensmitteln auf dem Wege nach Archangelsk sind, erhielten den Befehl, zurückzukehren, oder die Waren zu löschen.

Amerika sperrt das Geld! Wie aus Washington gemeldet wird, beschloß die Regierung der Vereinigten Staaten, **die Auszahlung der Rußland gewährten Anleihe einzustellen.** England beschloß die Einstellung der Sendungen von Nahrungsmitteln und Rohstoffen nach Rußland.

*

Im Spiegel des Auslandes.

Stockholm, 12. November. Svenska Dagblad veröffentlicht einen Aufsatz eines (so behauptet das Blatt) Diplomaten aus dem Lager der Entente, der unter der Ueberschrift **Mit der russischen Revolution muß das Kriegsziel der Entente, nämlich die Bezwingung der Mittelmächte, in politischer und wirtschaftlicher Hinsicht, verfehlt sein**, die weltpolitische Lage, besonders im Hinblick auf die Interessen der Entente, behandelt. Der Aufsatz enthält folgende Erwägungen: Innerhalb des Ententelagers wurde die russische Armee nach der Revolution als Machtfaktor überschätzt. Die Ueberschätzung war andererseits von unheilvollen Folgen für den angebahnten Verständigungsfrieden. Alles dies bedeutet jedoch wenig im Hinblick zu der fürchterlichen Gefahr, die darin liegt, daß die Leiter der Entente den jetzigen Machtschutz der Mittelmächte unterschätzten und zugleich Amerikas Hilfe überschätzten. Ganz Europa ist nun einem Glücksspiel ausgeliefert, wie es die Geschichte niemals erlebt hat. Für die neue Regierung in Rußland gibt es nur einen Ausweg: Eine rasche Beendigung des Krieges. Widersetzen sich dem die Westmächte, so ist ein Bruch zwischen Osten und Westen sehr wahrscheinlich, und niemand braucht sich zu wundern, wenn dann die von den Westmächten gewonnenen wirtschaftlichen Garantien in Rußland sofort verloren gehen. Der Frieden ist wenigstens für die Wahrung der wirtschaftlichen Interessen im Osten der einzige Ausweg der Entente, und es braucht nicht mehr betont zu werden, daß nach dem Wegfall des russischen Machtfaktors die Entente unmöglich mehr ihr Kriegsziel erreichen kann. Es ist wahnsinnig, zu denken oder zu hoffen, daß Amerika mit seinem primitiven Offiziersmaterial und den langen Verbindungslinien während der kurzen Zeit, die noch übrig ist, bevor die Mittelmächte nahezu ihre ganze Kraft auf der Westfront konzentrieren können, Hilfe zu leisten vermag, um einen Durchbruch sicher zu verhindern. Gelingt aber der Durchbruch, so können die Truppen der Entente nimmermehr mit Erfolg den **Kampf mit den Mittelmächten aufnehmen Das Schlußergebnis muß werden, daß das europäische Festland den Mittelmächten ausgeliefert wird.** — Der Diplomat der Entente schließt mit den Worten: **Um die Wahrheit zu sagen: Wir müssen mit großer Angst der Zukunft entgegensehen, wenn nicht alle diese Fragen ihre rasche und richtige Antwort zugunsten des Friedens erhalten.** (W. T. B.)

Neue Friedensnote des Papstes?

Berlin, 14. November. In vatikanischen Kreisen wird angeblich die Veröffentlichung einer neuen Note des Papstes über die Friedensbedingungen erwartet, die an die einzelnen kriegführenden Staaten gerichtet werden soll.

*

Bulgariens Kriegsziele. Sofia, 12. November. Die Sobranje hat sich nach einer Rede des Ministerpräsidenten Radoslawow bis zum 1. Dezember vertagt. Der Ministerpräsident führte aus, die Kriegsziele Bulgariens seien bekannt, nämlich, die Einigung Bulgariens innerhalb seiner geschichtlichen Grenzen durch Wiedergutmachung der auf dem Berliner Kongreß und in Bukarest verübten Unbill. Wir wollen, sagte der Ministerpräsident, Mazedonien, die Dobrudscha und die **vor Aufrichtung des bulgarischen Staates von den Serben geraubten bulgarischen Gebiete.** Diesen Zielen liegen nur berechtigte Ansprüche zugrunde. Wir haben sie den Verbündeten und den Neutralen auseinandergesetzt. Niemand kann gegen sie etwas einzuwenden finden, da wir ja im Grunde nur die Verwirklichung unsrer nationalen Einheit und der erwarteten Genugtuung im Auge haben.

Seegefecht an der flandrischen Küste. Berlin, 13. Nov. Am 12. November nachmittags kam es vor der flandrischen Küste zwischen unseren Torpedobooten und englischen Vorpostenstreitkräften zu einem kurzen Artilleriegefecht, wobei ein feindlicher Zerstörer getroffen wurde. Unsere Boote sind ohne Beschädigung eingelaufen. (Amtlich.)

Versenkungen. Berlin, 13. November. Neue U-Boots-Erfolge im Sperrgebiet um England: **17000 Tonnen.** Unter den vernichteten Schiffen befand sich ein großer englischer Dampfer vom Aussehen des Dampfers Saxonia (14 297 Tonnen). (Amtlich.)

Die Kriegsgefangenen in Holland. Haag, 13. November. In der der Zweiten Kammer zugegangenen Antwort der Regierung auf den vorläufigen Bericht über das erste Hauptstück des Staatshaushaltes heißt es: Die Unterbringung der Kriegsgefangenen aus Deutschland und England, die in Holland interniert werden sollen, wird vorbereitet. In Wolfheeze ist ein Lager für 3000 Soldaten, in Hattem ein Lager für 1000 Zivilgefangene im Bau.

Die englische Luftmacht wird in gewaltiger Weise ausgebaut. Das Unterhaus hat in zweiter Lesung eine Gesetzvorlage angenommen, durch die eine der Armee und Flotte gleichgestellte Luftmacht geschaffen wird, an deren Spitze ein eigener Staatssekretär stehen wird.

Militär gegen die Iren. Der Pariser Matin meldet am 10. November ohne jeden weiteren Kommentar aus London das Eintreffen von sechs englischen Divisionen gemischter Waffengattung in Dublin und Belfast.

Frankreichs Fehlbetrag an Kornfrüchten. Der Leitartikel der Humanité vom 3. November bringt folgende Ziffern und Tatsachen, die den kritischen Zustand der französischen Ernährungsfrage beleuchten: „Seit dem Jahre 1913 ist unsere Kornerzeugung Jahr um Jahr zurückgegangen: Im Jahre 1913 betrug sie 87,8 Millionen Zentner; 1917: 39,9 Millionen Zentner. Wir brauchen aber jährlich 90 Millionen Zentner, der Fehlbetrag beläuft sich demgemäß in diesem Jahr auf 60 v. H.“

Auch der Dollarkurs sinkt. Rotterdam, 13. November. Der N. Rott. Cour. meldet aus Kopenhagen: Die dänische Regierung hat durch die Wertverminderung des amerikanischen Dollars ungefähr 18 Millionen Kronen verloren. Wie bekannt, hatte Dänemark vor dem Kriegseintritt Amerikas an dieses seine westindischen Inseln für 25 Millionen Dollars verkauft. Die Kaufsumme ist aber bis jetzt noch nicht bezahlt worden. Durch die Kursverminderung verliert jetzt Dänemark ungefähr ein Sechstel des Betrages.

Christlich-National ist Trumpf!

„Christlich-sozial ist Unsinn“, wurde einmal gesagt. „Christlich-national“ ist heute Trumpf. Beweis: der kürzlich in Berlin stattgefundene christlich-nationale Arbeiterkongreß. Nicht nur, daß ihm der Führer der Konservativen, Graf Westarp, beiwohnte, dem Kongresse strahlte in reichstem Maße auch die wärmende Huld der Regierungssonne. Regierungs- bzw. Militär-Behörden waren nicht nur vertreten, ihre Vertreter sprachen auch zu den Kongreßteilnehmern. Der Generalsekretär Stegerwald aber wurde während der Tagung auf Lebenszeit ins Preußische Herrenhaus berufen. Stärker konnte nicht betont werden, wie die Regierung sich den Arbeiter wünscht.

Was das Versagen solcher Huld bedeutet, haben die christlichen Gewerkvereine während der Kulturkampfzeit so gut erfahren wie die freien Gewerkschaften zur Zeit des Sozialistengesetzes. Lang, lang ist's her. Daß aber in Regierungskreisen auch nach über drei Jahren des Weltkrieges mit seiner furchtbarsten Anspannung gerade der Arbeiterbevölkerung noch Neigung besteht, gegen, sagen wir einmal: ungebärdige Arbeiter die alten Unterdrückungsmaximen aus der Zeit des Kulturkampfes und des Sozialistengesetzes in Anwendung zu bringen, hat Dr. Michaelis bekanntlich so deutlich wie nur möglich zum Ausdruck gebracht. Die Christlich-Nationalen sind monarchisch bis auf die Knochen. Sie halten keinen Kongreß ab, ohne dem Kaiser per Draht zu huldigen. Das findet Gegenliebe. Dazu kommt, daß ihrer nicht gerade wenige sind. Rund 400 00 Mitglieder sollen in Berlin vertreten gewesen sein; im Frieden aber — so lesen wir in der regierungssozialistischen Presse — umfaßten die christlich-nationalen Verbände etwa 1½ Millionen Arbeiter und Angestellte. Wie begehrenswert muß bürgerlichen Parteien eine solche Masse erscheinen!

Herr Stegerwald, das jetzige Herrenhausmitglied, wies gelegentlich hin auf den Wesensunterschied zwischen christlich-nationaler und sozialdemokratischer Arbeiterbewegung, den er in der grundverschiedenen Beurteilung der staatlichen, gesellschaftlichen und sozialen Zusammenhänge erblickte. Von dem Standpunkt ausgehend: erst Staatsbürger, dann Arbeiter, verwarfen die Christlich-Nationalen die Bildung einer politischen Arbeiterklassenpartei. Während die sozialdemokratische Arbeiterbewegung in ihrer Wirksamkeit von der umgekehrten Vorstellung ausging: erst Arbeiter, dann Staatsbürger bzw. Nation. Als die christlich-nationale Arbeiterbewegung 1907 ihren zweiten Kongreß abhielt, sagte der spätere Reichskanzler v. Bethmann Hollweg: „Ich kenne keine größere Aufgabe der gegenwärtigen Zeit, als die mächtige Arbeiterbewegung unsrer Tage einzuordnen in die gesellschaftliche Ordnung. Die Art unsrer zukünftigen Entwicklung wird davon abhängen, ob die deutsche Arbeiterschaft gewillt ist, auf diesen Boden zu treten. . . . Die Arbeit würde trotzdem vergeblich bleiben, wenn nicht auch die Staatsgewalt solchen ehrlichen Willen, wo immer er vorhanden ist, tatkräftig unterstützt, alles aber, was sich ihm entgegenstellt, mit Entschiedenheit bekämpft.“

Man lese das Protokoll des Münchner Gewerkschaftskongresses, und dem Leser wird zum Bewußtsein kommen, wer nach Ansicht der Regierung des Herrn von Bethmann Hollweg auf jenen Boden nicht getreten war und deshalb von ihr „mit Entschiedenheit bekämpft“ wurde Jedem Nachdenkenden wird dann aber auch offenbar werden, was während des Krieges vor sich gegangen ist. Es ist Herrn v. Bethmann Hollweg nämlich gelungen, die Aufgabe, welche ihm vor zehn Jahren die größte der gegenwärtigen Zeit zu sein schien, zu einem erheblichen Teile, in einem nie geahnten Umfange zu lösen. **Die Leitungen der freien Gewerkschaften haben sich in sehr wichtigen Punkten bis auf den Boden der Christlich-Nationalen drängen oder locken lassen.** Kein Wunder, wenn sie momentan nicht mehr „mit Entschiedenheit bekämpft“ werden; und nichts ist berechtigter, als daß ihnen von gegnerischer Seite jetzt vorgehalten wird, sie hätten durch ihr Verhalten die Richtigkeit der Grundsätze und Taktik der Christlich-Nationalen nur bestätigt, nachdem sie sie vor dem Krieg aufs schärfste bekämpft. Es ist so, wie ein Christlich-Nationaler, der Redakteur des Zentralblattes der christlichen Gewerkschaften Deutschlands, Theodor Brauer, 1915 in Heft 3/4 der Zeitschrift für Politik schrieb: „In den freien Gewerkschaften fand der Revisionismus erst die nötige Resonanz für seine, auf die Ausnutzung der Gegenwart gerichteten Lehren. . . . Und so ist seit Mitte der neunziger Jahre eine Strömung im Sozialismus im Steigen, die den Rahmen der gewerkschaftlichen Aktion innerhalb des Sozialismus ständig vergrößert hat — und die im jetzigen Kriege bis zur Anerkennung imperialistischen Wollens bei uns in Deutschland in manchen sozialistischen, vorwiegend gewerkschaftlichen Kreisen geführt hat.“ Wie treffend Brauer hier urteilt, und wie sehr die „Anerkennung imperialistischen Wollens“ in der abhängigen Sozialdemokratie, richtiger: in deren Bureaukratie, seitdem Fortschritte gemacht hat, dürfte der Verlauf des Würzburger Parteitages inzwischen manchem zum Bewußtsein gebracht haben, der es vordem immer noch nicht glauben wollte.

In der Tat. Mit der ehemals „revolutionären, klassenbewußten, völkerbefreienden Sozialdemokratie“ ist es weit gekommen! Als sich die Christlich-Nationalen 1916 ein sogenanntes Programm gaben, das in Wirklichkeit ein Sammelsurium mehr oder minder unklarer bürgerlicher Auffassungen ist, konnte man in der regierungssozialistischen Presse (z. B. im Bochumer Volksblatt) lesen: „Wir sehen also unsre oft ausgesprochene Hoffnung, daß auch die christliche Arbeiterschaft über kurz oder lang dem Sozialismus in die Arme getrieben werden würde, (?) vor der Verwirklichung.“ Welche Selbstironie! Was verwirklicht zu werden droht, ist ein ganz anderes, nämlich, daß die in den freien Gewerkschaften und in der abhängigen Sozialdemokratie zum imperialistischen Wollen geführte Arbeiterschaft dem — Imperialismus in die Arme geführt wird.

Die Christlich-Nationalen sind heute im Hinblick auf die kommenden politischen Kämpfe sehr umworben. Sie sollen dem Imperialismus noch dienstbarer gemacht werden, als sie es schon waren. „Diesen nationalen Elementen aber, die man als sozial-imperialistisch bezeichnen kann, gehört die neue Zeit in der Arbeiterbewegung“, versichert Dr. Grabowsky 1916 im Heft 6 seiner Halbmonatsschrift: Das neue Deutschland. „Ich habe es immer gesagt,“ schrieb er weiter, „daß sich der Imperialismus genau so auf die Arbeiter wie auf die Unternehmer stützen muß, daß er demokratische Bestandteile mit aristokratischen eng verbindet — demokratische, weil er ohne die Massen nichts leistet, aristokratische, weil er die großen Führerpersönlichkeiten, die in der Welt für den Reichsgedanken streiten sollen, herausholt und anerkennt. In Wechselwirkung damit hat natürlich (!) der imperialistische Staat ein durchaus sozialer Staat zu sein. Diesen sozialen Imperialismus wird in erster Linie die christlich-nationale Arbeiterbewegung vertreten; er ist das höchste Ziel ihrer Entwicklung“.

Die Erfahrungen, die der Krieg uns brachte, sollten alle denkenden grundsatztreuen Sozialdemokraten gelehrt haben, daß es leichtfertig wäre, diese Zeichen der Zeit: Das Wachstum der Christlich-Nationalen und ihr Umworbensein für nichts zu achten. Mag es immerhin ein zu weitgehender Optimismus sein, wenn Grabowsky meint: „Weiter aber ist auf direkt sozialdemokratische Schichten zu rechnen.“ Hier steigt eine Gefahr herauf oder besser, sie ist längst da. Mit den Mitteln der Scheidemänner, wie man sie in Würzburg vorschlug, bannt man aber diese Gefahr nicht, sondern vergrößert sie damit nur. Nur im Zeichen des unverfälschten Sozialismus, wie ihn die Unabhängige Sozialdemokratie verficht und immer noch zeitgemäßer herausarbeiten wird, kann man ihrer Herr werden. Nicht im politischen Kampf allein allerdings, sondern dadurch, daß man der Gefahr vor allem in den Gewerkschaften energisch zuleibe geht. Wohl arbeiten die Verhältnisse der Unabhängigen Sozialdemokratie in die Hände, und gewiß ist der proletarische Instinkt ein trefflicher Führer. Aber unbedingt zuverlässig ist er nicht, wie ebenfalls der Krieg — wenn nicht zuerst, so doch sehr einleuchtend — bewiesen hat. Es gilt, den Arbeitern die drohende Gefahr zum Bewußtsein zu bringen, gelingt das in hinreichendem Maße, werden sie ihrer auch Herr werden.

Politische Uebersicht.

Für sofortige Berufung des Reichstags!

Der Vorstand der Fraktion der Unabhängigen Sozialdemokraten hat an den Präsidenten des Reichstages den Antrag gestellt, mit Rücksicht auf das Friedensangebot der russischen Regierung, sowie auf die Verhandlungen der deutschen und der österreichisch-ungarischen Regierung über Polen, Kurland und Litauen den Reichstag sofort einzuberufen.

Tirpitz und der „Frevel“.

Der Großadmiral v. Tirpitz hat am 10. November in München in einer von der Vaterlandspartei veranstalteten öffentlichen Versammlung reden können. Nach dem Bericht war in der Rede nichts enthalten, was über den Durchschnitt der alldeutschen Annektions- und Propagandareden hinausginge. Aber was Tirpitz nach dem Bericht (Deutscher Kurier Nr. 312) zu den Vorgängen im Reichstag am 9. Oktober gemeint hat, verdient doch, festgehalten zu werden. Da heißt es:

„Wenn in jüngster Zeit vereinzelte bedauerliche Vorfälle in der Flotte zu einem Skandal aufgebauscht worden sind, über den unsere Feinde ihre helle Freude haben, so wird jeder, der tatsächlich unsere Marine kennt, wissen, daß sie in Wirklichkeit bedeutungslos sind. Bedeutung hat nur der frevelhafte Versuch, von außen Zerwürfnis in Schiffe hineinzutragen, die zeitweise zum Abwarten und Stilliegen verurteilt waren. Schaut man in den deutschen Blätterwald hinein, man ist erstaunt, zu sehen, wie der ungeheure Frevel, der hier begangen wurde, fast ganz zurücktritt gegenüber der Frage, ob die parlamentarische Behandlung dieser Angelegenheit eine glückliche war oder nicht; und ferner, ob der zweifellos begangene Frevel den vollbewiesenen Tatbestand eines Strafgesetzparagraphen ausreichend erfüllt, um die Mitwisser oder Verführer vor einem deutschen Gericht zur Verantwortung zu ziehen. Ich persönlich glaube, daß das einfache Volksempfinden den wesentlichen Punkt in solcher Angelegenheit instinktiv mit größerer Sicherheit erfaßt.“

Hiernach hat Herr v. Tirpitz den Mut gehabt, entgegen allen Tatsachen — entgegen den amtlichen Feststellungen —, entgegen den bündigen Erklärungen der verdächtigten Personen, der Abg. Haase, Dittmann und Vogtherr —, in öffentlicher Versammlung die bekannten Anschuldigungen zu wiederholen.

Ist Herrn v. Tirpitz unbekannt, daß schon vor dem 9. Oktober amtlich festgestellt wurde, daß keinerlei Anlaß

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-1706752621917114-15/fragment/page=0002

besteht, den genannten drei Abgeordneten eine gesetzwidrige Handlung zur Last zu legen? Ist ihm unbekannt, daß aus diesem Grunde der Regierung Michaelis schon vor dem 9. Oktober von den zugezogenen Fraktionsführern des Reichstags dringend empfohlen wurde, von jedem Vorstoß gegen die Unabhängigen Sozialdemokraten aus dem erwähnten Anlaß unbedingt abzustehen?

Ist ihm unbekannt, daß in der Reichstagssitzung vom 9. Oktober die Redner fast aller Parteien direkt oder indirekt die Unhaltbarkeit der von Dr. Michaelis und v. Capelle erhobenen Beschuldigungen festgestellt und das bodenlos ungeschickte Vorgehen dieser beiden Regierungsmänner gekennzeichnet haben? — Nein, Herr v. Tirpitz müßte vier Wochen lang auf dem Mond gelebt haben, wenn ihm das alles unbekannt geblieben wäre! Und trotzdem wagte er in fünf Minuten viermal Ausdrücke wie: „der frevelhafte Versuch", „der ungeheure Frevel, der hier begangen wurde", „der zweifellos begangene Frevel", „die Mitwisser oder Verführer" — zu gebrauchen, und so als Privatmann Anschuldigungen aufzuwärmen, die schon am 9. Oktober mit ihren Urhebern zusammengebrochen waren. Wir schweigen davon, daß diese schweren und unhaltbaren Beschuldigungen gegen Männer wiederholt wurden, die weder in jener alldeutschen noch in einer anderen öffentlichen Versammlung die Möglichkeit haben, dergleichen Verdächtigungen entgegenzutreten. Es ließe sich gerade hierüber noch mancherlei sagen. Was uns aber diese rednerische Leistung des Großadmirals v. Tirpitz deutlich zeigt, ist, daß er — hätte er, der Auserwählte des alldeutschen Draufgängertums, am 9. Oktober im Reichstag am Regierungstisch gesessen — dort seine Politik mit derselben grandiosen Ungeschicklichkeit vertreten hätte, wie es Dr. Michaelis und v. Capelle getan haben.

Alldeutsche Antwort auf das Friedensangebot.

Unter den vielen Aeußerungen, die die alldeutschen Blätter auf das Friedensangebot Rußlands laut werden lassen, ist wohl eine der eigenartigsten ein Artikel in der Deutschen Zeitung von Professor Krückmann in Münster in W. Auf die vernünftigen Verständigungsvorschläge antwortet dieser alldeutsche Politiker mit einer Aufzählung alles dessen, was an Annektionen bei einem Friedensschlusse mit Rußland in Frage kommen müsse. Es wird gesagt, daß Rußland in einem Sonderfrieden vor allem Schutz gegen England suche, — es wird Rußland dringend empfohlen, den Mut zum Staatsbankrott zu wagen, um seine schlimmsten Schulden abzuschütteln und zugleich Frankreich aufs stärkste zu schädigen. Die von den Annektionisten gewünschten Landabtretungen sollen sich auf „nicht mehr" als auf Livland, Estland, Finnland und die Ostseezugänge Rußlands erstrecken. — Dann heißt es sehr drastisch:

„Es ist überhaupt nicht abzusehen, weshalb wir auch nur irgendein Stück des Eroberten herausgeben sollten. Haben die Russen überhaupt Vertrauen zu unserer Stärke, werden sie mit uns Frieden schließen unter jeder Bedingung, haben sie kein Vertrauen, können wir ihnen bieten, was wir wollen, sie werden es ohne Englands Erlaubnis nicht annehmen, und England sagt sicher nein. An unseren Zugeständrissen hängt also der Sonderfriede nicht, das soll man sich auch nicht durch irgendwelche auf Täuschung berechnete Sprache russischer Unterhändler weismachen lassen, er hängt ausschließlich in unserm politischen Kredit, und der ist miserabel. Einzig und allein eisige Kühle des Abwartens kann ihn wieder herstellen zugleich mit zuversichtlicher und fester Sprache."

Würde man den Alldeutschen das Feidenschließen überlassen, so würde der Krieg niemals zu Ende gehen. Es ist ungeheuerlich, die Lage jetzt wieder derartig zu verschärfen.

Aus der Partei.

Aus den Organisationen.

Aus Magdeburg wird uns geschrieben: Auf unsere vor vierzehn Tagen großartig verlaufene Versammlung folgte am 11. Oktober eine Generalversammlung der Abhängigen. Die Zahl der Teilnehmer dürfte nicht allzu groß gewesen sein und deshalb hat man es auch wohl vermieden, die Oeffentlichkeit darüber zu unterrichten, denn im Bericht der Volksstimme fehlen jegliche Anhaltepunkte, die auf die Zahl der Versammlungsteilnehmer schließen lassen. Oder sollte die Versammlung vielleicht noch schlechter besucht gewesen sein, als die vorhergehende, in der etwa 100 Besucher waren, obwohl Müller vom Parteivorstand kommen mußte und über Stockholm referierte. Diesmal handelte es sich um Würzburg. Von einem Berichterstatter wurde konstatiert, „daß die Partei nach wie vor geschlossen zur Fraktion stehe." Ist das vielleicht ein Ereignis, nachdem man die Opposition „außerhalb der Partei gestellt" hat? In der Diskussion herrschte Freude darüber, „daß jetzt endlich ein Anfang zur parlamentarischen Regierung zu verzeichnen sei." Wir haben allerdings noch nicht viel davon merken können und stellen uns eine parlamentarische Regierungsform ganz anders vor. Aber es soll ja erst der Anfang sein, also warten wir ab. Herr Landsberg sprach „gegen die unfruchtbare Demonstrationspolitik der Unabhängigen" und wünschte, „daß die Bewegung der Unabhängigen bald eine Sektenbewegung werden möge." Daß dieser Wunsch nicht in Erfüllung geht, davon werden die hiesigen Genossen Herrn Landsberg noch überzeugen, der durch seine Politik nicht wenig dazu beigetragen hat, unserer Bewegung den Boden vorzubereiten. Und wenn Herr L. weiter bei seiner nationalen Politik beharrt, die er in einer öffentlichen Versammlung mit den Worten kundgab: „Es gibt nur ein Vaterland, welches diese Opfer wert ist, und das ist unser deutsches Vaterland," so wird sehr bald die Zeit kommen, wo nicht die Unabhängigen, wohl aber seine Partei „zur Sektenbewegung" herabgesunken ist. Hierzu hat auch Würzburg gute Dienste geleistet, wie unsere stetigen Neuaufnahmen beweisen.

Aus Reuß ä. L. Nach der Maßregelung der Genossin Zetkin haben in unserem Fürstentum über die Hälfte Leser der Gleichheit diese abbestellt und ihr in ihrem neuen Wirkungskreis Gefolgschaft geleistet. Heute können wir die freudige Mitteilung machen, daß bereits 75 Abonnenten die neue Frauenbeilage beziehen, während die Gleichheit nur noch 19 Anhänger zurzeit besitzt. Ob dieser Tatsache von den Regierungssozialisten auch widersprochen wird, wie das letzthin geschah, als wir mitteilten, daß sämtliche Bezieher der Neuen Zeit diese bei dem Hinauswurf Kautskys abbestellten? Sie stellten nämlich die Behauptung auf, daß nur drei Exemplare der Neuen Zeit bezogen wurden, wovon zwei Stück gratis geliefert worden seien. Richtig ist, daß neun Exemplare geliefert und auch bezahlt worden sind. Man sollte sich künftig vorher besser orientieren, ehe man unwahre Berichte bringt!

Ums tägliche Brot.

Lebensmitteleinfuhr aus den besetzten Gebieten.

Berlin, 14. November. (Amtlich.) Angesichts der in der Presse aufgetauchten Klagen, daß bei der Ausfuhr von Lebensmitteln aus den besetzten Gebieten eine einseitige Bevorzugung der Offiziere stattfindet, wird darauf hingewiesen, daß die vom Generalquartiermeister erlassenen Bestimmungen einen Unterschied in der Behandlung von Soldaten und Offizieren überhaupt nicht zulassen. Die betreffende Verfügung lautet dahin, daß Lebensmittel nur noch in Paketen bis zu 10 Kilo Einzelgewicht aus dem Felde in die Heimat gesandt werden dürfen. Die Militärpaketämter sind angewiesen, schwerere Versandstücke von Heeresangehöriger — ohne Unterschied des militärischen Ranges — stets dann zu öffnen und auf ihren Inhalt zu prüfen, wenn begründeter Verdacht besteht, daß sie Lebensmittel über das zulässige Maß hinaus enthalten. Bestätigt sich der Verdacht, so hat sofortige Anzeige zu erfolgen, und zwar unter Namhaftmachung des Absenders und Empfängers sowie des Offiziers oder Beamten, der die Bescheinigung „Zur Förderung zugelassen" vollzogen hat.

Gewerkschaftliches.

Die Beiträge im Fabrikarbeiter-Verband. Zum außerordentlichen Verbandstag der Fabrikarbeiter in Hannover, der im Dezember stattfindet, veröffentlicht der Verbandsvorstand seine Anträge. Sie führen statt des Einheitsbeitrags Staffelbeiträge in sechs Klassen ein zwischen 30 und 80 Pfennig in der Woche. Die beiden untersten Klassen sind nur für weibliche und jugendliche Mitglieder zugelassen; im übrigen bestimmt die Zahlstelle die Beitragsklassen, die für sie Geltung haben sollen, mit Zustimmung des Verbandsvorstandes. Die Beitragserhöhung soll dazu dienen, die Unterstützungen entsprechend heraufzusetzen, insbesondere die Erwerbslosen-Unterstützung und die Unterstützung bei Streiks und Maßregelungen. Auch das Sterbegeld soll erhöht werden. Zur Begründung der Vorlage weist das Verbandsorgan auf die durch den Krieg herbeigeführte außerordentliche Geldentwertung hin, die voraussichtlich noch erhebliche Zeit nach dem Kriege andauern wird.

Aus der Provinz.

Bergarbeiterlöhne im mitteldeutschen Kohlenbergbau.

In der letzten Zeit begegnet man in der den Unternehmern nahestehenden Presse vielfach Auslassungen über die „hohen Kriegslöhne" der Arbeiter. Man will durch diese Notizen das Augenmerk von den fabelhaften Gewinnen der Kriegsindustrie ablenken und der Arbeiterschaft die Schuld an den bestehenden Verhältnissen zuschieben. Auch die Unternehmer der Braunkohlenindustrie verfahren nach dem Rezept und begründen die Kohlenpreiserhöhungen mit den „großen" Lohnsteigerungen im Braunkohlenbergbau. Dabei setzen gerade diese Herren durch ihre Organisationen jeder geringen Aufbesserung der Lebensverhältnisse der Belegschaften den allerschärfsten Widerstand entgegen. In Eingaben an die Kriegsamtstelle suchen sie es so darzustellen, als wenn die auskömmlichsten Löhne gezahlt würden und die Arbeiter auch bestehen könnten, wenn nicht die Organisationen der Arbeiter fortwährend auf Erhöhung der Löhne dringen würden. Wie wenig auskömmlich die Löhne der Arbeiter sind, zeigt nachstehende Aufstellung: Im zweiten Quartal 1917 verdienten im Braunkohlenbergbau des Oberbergamtsbezirks Halle die Arbeiter folgende Löhne:

Kategorie	Zahl	% der Gesamtbelegschaft	Durchschnittslohn auf eine Arbeitsstunde
Eigentl. Bergarbeit. (unterirdisch) . .	3122	9	68,7 Pfg.
Eigentl. Bergarbeit. (Tagebau) . . .	7214	20,8	50,9 „
Sonst. Bergarbeiter (unterirdisch) . .	1734	5	54,0 „
Sonst. Bergarbeiter (Tagebau) . . .	2428	7	47,9 „
Tagesarbeiter . .	13007	37,5	47,8 „
Jugendl. Arbeiter (unter 16 Jahren)	1769	5,1	26,3 „
Arbeiterinnen . .	5414	15,6	33,2 „
Gesamt . .	34685	100,—	47,5 Pfg.

Trotz des Umstandes, daß der mitteldeutsche Braunkohlenbergbau zu dem ertragreichsten Zweige des deutschen Bergbaues zählt, ist der durchschnittliche Stundenverdienst der niedrigste von allen Revieren, da die durchschnittliche Arbeitsdauer einer Schicht größer ist als in Niederschlesien und im linksrheinischen Erzbergbau. Einen Durchschnittsstundenlohn von 47,5 Pf. kann man wirklich nicht als einen Kriegslohn bezeichnen. Ein solcher Lohn reicht nicht aus, um in der heutigen Zeit die Lebensbedürfnisse befriedigen zu können und bedeutet eine Gefahr für die Gesundheit und Leistungsfähigkeit dieser Arbeiterklasse.

Der Arbeitsmarkt in Sachsen-Anhalt.

Nach Mitteilung des Arbeitsnachweisverbandes war der Bedarf an männlichen Arbeitskräften jeglicher Art auch im Monat Oktober unvermindert groß. Zu der bisherigen Nachfrage trat noch die der Zuckerfabriken hinzu. Letzteren konnten, wenn auch aus bekannten Gründen, meist nur in bescheidenem Umfange, Hilfsdienstpflichtige zugewiesen werden. — In der Landwirtschaft konnte die infolge Abgabe von Gefangenen lebhaftere Nachfrage nach männlichen einheimischen Arbeitskräften, abgesehen von ledigen Knechten, im allgemeinen gedeckt werden. In einzelnen Bezirken macht sich auch eine dringende Nachfrage nach Dienstboten für spätere Termine geltend. — Der weibliche Arbeitsmarkt hat dagegen im Vergleich zu den Vormonaten eine beachtliche Erleichterung erfahren, die in einzelnen Orten, besonders Magdeburg, Burg, Eisleben, eine geringe Arbeitslosigkeit vorübergehend berichten. Zurückzuführen ist dies neben anderen Gründen auf ein Nachlassen der Nachfrage seitens einiger großer Heeresbetriebe, (Burg, Gerwisch, Güsen, Plaue, Torgau, Aschersleben), deren Bedarf an weiblichen Arbeitskräften vorläufig mehr oder weniger gedeckt ist, und auf das mit Beendigung der Erntearbeiten stets zu beachtende Uebergehen bisher in der Landwirtschaft tätig gewesener Arbeiterinnen in die Industrie. Viel verlangt werden allerdings immer noch weibliche Arbeitskräfte für Wittenberg und in bei weitem nicht zu befriedigendem Maße für Schwer- (Gruben-, Erd-, Transport-) arbeiten. Weibliches städtisches und landwirtschaftliches Personal, besonders Mägde, die die Viehwirtschaft verstehen, werden dauernd stark verlangt.

Merseburg. In der Stadtverordnetensitzung am Montag erfolgte die Einführung des Stadtrats Dr. Mosebach aus Döbeln zum Zweiten Bürgermeister und des bisherigen Stadtverordneten Kaufmann Dolkowitz zum unbesoldeten Stadtrat. Im Auftrage des Regierungspräsidenten nahm Erster Bürgermeister Hertzog die Einführung und Vereidigung vor. Der Vorsteher, Landesrat Bothe, begrüßte den neuen Bürgermeister namens der Stadtverordneten. Eine Fülle wichtiger Arbeiten harre der Bewältigung. Die Stadtverordneten rechneten darauf, daß sich der neue Bürgermeister rege an der Erledigung dieser großen Aufgaben mit Interesse beteiligen und seine ganze Arbeitskraft aufwenden werde, um die Stadt weiter vorwärts zu bringen. Bürgermeister Dr. Mosebach versprach, seine ganze Kraft zum Wohle der Stadt Merseburg einsetzen zu wollen.

— An Lebensmitteln werden für die Woche vom 18. bis 24. November 1917 auf den Kopf der Bevölkerung zugeteilt: 100 Gramm Erbsen zum Preise von 7 Pf. auf Bezugsschein Nr. 35, ½ Pfund Marmelade zum Preise von 45 Pf. auf Bezugsschein Nr. 36, Heringe auf Bezugsschein Nr. 37, und zwar: auf die Lebensmittelhefte Nr. 1 bis 7300 für den Kopf der Haushaltung 60 Gramm Heringe (Brieslinge) zum Preise von 18 Pf. auf die Lebensmittelhefte Nr. 7301 bis zum Schluß für je angefangene zwei Haushaltsangehörige einen Hering zum Preise von 55 Pf. (also für fünf und sechs Personen gleich drei Heringe, sieben und acht Personen gleich vier Heringe usw.) — In der Volks- und Mittelstandsküche und den Gastwirtschaften sind abzugeben: für Mittagessen (nicht mehr Ablieferung in Natur) Bezugsschein und Quittungsabschnitt 35, in Gastwirtschaften für Abendessen nichts.

— **Butterverteilung.** Am Sonnabend, dem 17. November 1917, wird gegen Abgabe der für die laufende Woche gültigen Kreisfettmarken in den bekannten Verkaufsstellen Molkerei- und Landbutter ausgegeben, und zwar auf jede Kreisfettmarke 50 Gramm Butter zum Preise von 31 Pf.; auf jede Zusatzmarke mit dem roten Aufdruck K, Z u. + 50 Gr. Butter zum Preise von 31 Pf. Im übrigen bleibt es bei dem bisher bekannten Verfahren.

Hettstedt. Ein Opfer der Arbeit wurde die auf dem Messingwerk beschäftigt gewesene 16 Jahre alte Arbeiterin Frieda Deutschmann aus Leimbach. Sie kam auf ihrer Arbeitsstätte beim Rangieren zwischen die Loren und erlitt so schwere Verletzungen, daß sie in der Nacht zum Sonnabend im Hettstedter Krankenhaus gestorben ist.

Hettstedt. Falsche Darlehnskassenscheine, die sich nur bei genauer Prüfung als solche erkennen lassen, sind wieder im Umlauf. Das Papier gleicht dem der echten Scheine auffallend, fühlt sich aber auf der Vorderseite glatter an als auf der Rückseite. Alle bisher angehaltenen Fälschungen tragen in der rechten oberen Ecke der Vorderseite die Reichsnummer 292.

Mansfeld. Die Stadtverordnetenwahl am vorigen Freitag war ein Zeichen dafür, daß die Mansfelder Gewerkschaft im hiesigen Städtchen jetzt wenig Interessen zu vertreten hat. So konnten dann die Wähler, namentlich der 3. Abteilung, ihren Protest gegen das bestehende öffentliche Dreiklassenwahlrecht wohl kaum deutlicher zum Ausdruck bringen, wie dies bereits bei der vorigen Wahl der Fall gewesen, wo von zirka 300 Wählern der 3. Abteilung nur 5 von ihrem Wahlrecht Gebrauch machten. Diesmal waren es sechs Stimmen. Hiervon erhielt Herr Scharfe, der einige Stunden vorher von der ihm bevorstehenden Ehre noch nichts geträumt hatte, 4 Stimmen, die seinige und der schon früher in der 3. Abteilung gewählten Stadtverordneten mitgerechnet. Der in einer großen Anzeige der Mansfelder Zeitung angeblich von mehreren Wählern vorgeschlagene Kandidat Hüttenmann Wilhelm Wolf erhielt eine Stimme. Eine weitere Stimme erhielt der Landwirt Schmidt. Einige anwesende Wähler der zweiten Abteilung wählten Herrn Schmidt. In der 1. Abteilung wurde dann von den wenigen Mannen, wie vorauszusehen, der Kreisausschußsekretär Wachs gewählt. So kann denn unser liebes Kreisstädtchen gnädiglich in den bekannten Bahnen weiter „regiert" werden, bis die Neuordnung der Dinge auch neue Männer bringen wird.

Teutschenthal. Ein dreister Diebstahl wurde bei einer armen Familie verübt, die auf dem hiesigen Gute wohnt. Die Diebe drangen in den verschlossenen Stall und stahlen zwei Gänse, drei Enten und drei Kaninchen. Anscheinend handelt es sich um Bekannte, denn erst vor einiger Zeit ist aus demselben Stall eine Gans gestohlen worden. Die Familie trifft der Verlust besonders schwer, da sie neun Kinder zu versorgen hat.

Burgsdorf. Die Siedelungsgesellschaft Sachsenland in Halle hat hier das Zimmermannsche Bauerngut von 137 Morgen mit allem Zubehör für 180 000 Mark erworben.

Sangerhausen. Petroleum wird in den nächsten Tagen auf Abschnitt 1 der Petroleumkarten verkauft. Die Haushaltungen ohne Gas- oder elektrisches Licht erhalten vorläufig zwei Liter, die Haushaltungen mit Gas- oder elektrischem Licht ¼ Liter.

— Die Sprechstunden bei der Kriegswirtschaftsstelle sind bis auf weiteres nur Dienstags, Donnerstags und Sonnabends von 9 bis 1 Uhr festgesetzt. An den übrigen Wochentagen werden mündliche Anträge nicht entgegengenommen.

Delitzsch. Die Auszahlung der staatlichen Unterstützung erfolgt Donnerstag, den 15. November 1917, Nr. 1 bis 650, Freitag, den 16. November 1917, Nr. 651 und folgende. Die Auszahlung erfolgt nur unter Vorlegung der Erkennungsmarke an den bestimmten Tagen in der Zeit von 8 Uhr vormittags bis 1 Uhr nachmittags von unsrer Stadthauptkasse.

Eilenburg. Erhängt hat sich in einem Anfalle von Schwermut der Heizer Michael Dolinsky in einem Stallgebäude des Grundstücks Kültzschauer Straße 9.

Bitterfeld. Aus dem Gefängnis entwichen ist der 16jährige Rudolf Krause. Er ist 1,50 Meter groß und dunkelblond. An der rechten Seite der Schläfe hat er eine große lichte Stelle und ist an einer auffallend hellen Stimme erkenntlich.

Zschepkau. Sieben Gänse wurden in der Nacht zum Sonntag einem Gutsbesitzer aus dem Stalle gestohlen und gleich an Ort und Stelle abgeschlachtet.

Liebenwerda. Drei-Frucht-Marmelade wird in kommender Woche abgegeben. Der Abschnitt 59 ist als Voranmeldung unter Vorlegung der Butterkarte bis Sonnabend, den 17. November, in einem der nachverzeichneten Geschäfte, in dem die Marmelade entnommen werden kann, abzugeben: Strumpf, Kranspe, Haase, R. Platz, Kobbe, Rud. Frahm, Ad. Mäder, Schneider, Prestewitz, Haupt-Dobra.

— Der geplante Fleischverkauf nach Kundenlisten ist vorläufig noch zurückgestellt worden, da wegen der in Aussicht stehenden Kreisschlachtung von der geplanten gemeinsamen Schlachtung der hiesigen Schlächter wegen der vermutlich nur kurzen Dauer Abstand genommen werden mußte. Der Verkauf erfolgt daher bis auf weiteres in der üblichen Weise.

Allerlei.

Ein tüchtiger Rechtsanwalt.

Der Berliner Rechtsanwalt Isidor Faß, der bald nach Kriegsbeginn eine der größten Fleischkonservenfabriken ins Leben rief, für die er merkwürdigerweise Riesenheereslieferungen erhielt, obwohl ihm alle fachmännischen Kenntnisse fehlten, begnügte sich mit den Millionengewinnen seiner Fabrik nicht, sondern er hielt es auch für standesgemäß, entgegen den ihm von der Intendantur auferlegten Bedingungen bestimmte Fleischsorten nicht zu 90 Pf. das Pfund den Verbrauchern zur Verfügung zu stellen. Herr Faß sah es vielmehr als einträglicher an, dieses Fleisch zu 2,20 bis 2,40 Mk. an andere Unternehmer zu verschieben, und wurde nunmehr dafür in eine Geldstrafe von 30 000 Mark genommen. Er wird diese Gewinnkürzung leicht verschmerzen, so daß der Strafzweck kaum erreicht werden dürfte. Deshalb ist es bedauerlich, daß noch immer keine Möglichkeit besteht, das Strafmaß der Vermögenslage wohlhabender Sünder anzupassen.

Quittung.

Für Parteizwecke der U. S. P. gingen ein: Tour Peißen und Umgegend 19,38 Mk., Tour Wettin und Umgegend 33,82 Mark, Tour Brachstedt und Umgegend 10,75 Mk., Tour Oppin und Umgegend 18,40 Mk., Tour Niemberg und Umgegend 15,25 Mark, Tour Kanena 23,80 Mk., Tour Hohenturm-Rosenfeld 20,50 Mk., Distrikt 15, Neumarktviertel (1. Rate) 40 Mk., Distrikt 17, Brunnen-, Eichendorff-, Körnerstraße (1. Rate) 36,40 Mk. K. Reiwand, Parteisekretariat.

Amtliche Wetteransage.

Mitgeteilt von der Wetterdienststelle Ilmenau.

Donnerstag, den 15. November: Trübes, milderes Wetter ohne nennenswerte Niederschläge.

Sprechstunde der Redaktion von 12 bis 1 Uhr.

Verantwortlich für: Politik, Parteinachrichten, Gewerkschaftliches und Allerlei Paul Hennig; Feuilleton, Halle und Saalkreis und Aus der Provinz Karl Bock; Anzeigen Wilhelm Herzig; Verlag: Volksblatt G. m. b. H. — Druck: Hallesche Genossenschaftsbuchdruckerei e. G. m. b. H., sämtlich in Halle.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219171114-15/fragment/page=0003

Walhalla-Theater.

½8 Uhr. 2714

Heute: Erstaufführung!

„Die Kaiserin“.

Operette von Leo Fall.

Hauptgesänge:

1. Wie die Donau so munter noch fließt!
2. Das Wäschermädellied.
3. Da tanzen Schritt für Schritt, sogar die Engel mit.
4. Du mein Schönbrunn, mein liebes Schönbrunn.
5. Franzel, mein Franzel, geh', sei doch nicht bös'.
6. Ja, wer im Mai geboren ist.

Kasse von 10—1½ und 4—6 Uhr.

Konzerthaus „Oberpollinger“.

Jägergasse 1. Ecke Gr. Ulrichstr.

Ab 1. November: **Neue Kapelle:** 2391

Original Wiener Damen-Streich-Orchester

8 junge, schneidige Damen. **„Haustein“.** 8 junge, schneidige Damen.

Ergebenst ladet ein Frau **Elsa Beth.**

Konsumverein Delitzsch u. Umg.

e. G. m. b. H.

Sonntag, den 25. November cr., nachmittags 4 Uhr im „Lindenhof“:

General-Versammlung.

Tagesordnung:

1. Bericht des Vorstandes und des Aufsichtsrates.
2. Beschlußfassung über die Verteilung des Reingewinnes.
3. Bericht des Verbandsrevisors.
4. Statutenänderung betr. § 4 des Statuts.
5. Wahlen von Verwaltungsmitgliedern. *1437
6. Anträge der Mitglieder.

Anträge der Mitglieder müssen spätestens 3 Tage vor Stattfinden der Generalversammlung an den Vorstand eingereicht werden.

Der Aufsichtsrat. J. A.: H. Ehrhorn.

Herren- und Knaben-Anzüge, 2709

Paletots — Joppen — Ulster — Beinkleider.

Gute Qualitäten. — Schöne Passform. — Vorteilhafte Preise.

Im Kaufhaus **H. Elkan,** Leipzigerstraße 87.

Max Zaubitzer,

Roßschlächterei, Steinweg 52. 2713

Donnerstag vorm. Nr. 701–1000

— Es wird gebeten, Papier oder Gefäße mitzubringen. —

Wichtig! Bemerkenswert für Jedermann! 2706

Die anerkannt **allerhöchsten Preise** für **Bücher, Zeitungen, Akten und alle Sorten Papier,** die sofort unter **Garantie eingestampft** werden, sowie für **Eisen, alte Oefen, Maschinenguß, Lumpen, Felle, Knochen** und **Glasscherben** zahlt nach wie vor bei **reellster Bedienung** und **kostenloser Abholung**

Walter Graßmeyer,

Größtes Rohprodukten-Geschäft am Platze.

Tel. 1866. **Geiststraße 6.** Tel. 1866.

Partei-Schriften empfiehlt die **Volks-Buchhandlung.**

Nur noch heute und morgen!

Alte Promenade 11a Fernruf 5788. — **U.T** — **Leipzigerstrasse 88** Fernruf 1224.

2715 **Erich Kaiser-Titz** in **Ein Tropfen Gift.** Detektiv-Drama in 4 Akten. Vorführung: 4.50, 7.00, 9.30.

Erika Glässner in **Onkelchens Liebling.** Entzückend. Lustspiel i. 3 Akt. Vorführung: 4.00, 6.00, 8.20.

Das Eingangstor zum nördlichen Schwarzwald. Herrliche Naturaufnahmen. — Beginn 4 Uhr. —

Der Liebling des Publikums **Henny Porten** in **„Höhenluft“** Lustspiel in 4 Akten. Vorführ: 3.00, 5.00, 7.00, 9.20.

Der Mann mit der Maske. Schauspiel in 3 Akten. Vorführung: 4.10, 6.10, 8.20.

Beginn 3 Uhr.

Freikarten haben in dieser Woche nur b. 6 Uhr Gültigkeit

Die Theater sind wie bisher, ohne Unterbrechung, bis 10½ Uhr geöffnet.

Konsum-Verein für Delitzsch u. Umg.

e. G. m. b. H.

Bilanz am 30. Juni 1917.

Aktiva.

An Kasse		273.43 ℳ	
„ Waren		24 000.00 „	
„ Bank-Konto		7 880.00 „	
„ Sparkassen-Konto		7 159.48 „	
„ G.-E.-G.-Anteil		2 601.15 „	
„ Gebäude-Konto	51 381.00 ℳ		
„ „ -Abschreibung	1 081.00 „	50 300.00 „	
„ Inventar-Konto	1 000.00 ℳ		
„ „ -Abschreibung	600.00 „	400.00 „	
„ Fastagen		14.50 „	
„ Debitoren-Konto		768.74 „	
„ Depositen-Konto		700.00 „	
Summa:		94 097.30 ℳ	

Passiva.

Per Mitglieder-Anteil-Konto		21 436.15 ℳ
„ Reservefonds-Konto		11 101.32 „
„ Dispositionsfonds-Konto I		4 693.06 „
„ „ II		337.88 „
„ Kreditoren an Waren	3 598.41 ℳ	
„ „ „ Fastagen	14.50 „	3 612.91 „
„ Hypotheken		23 000.00 „
„ Hausanteil-Konto		19 000.00 „
„ Spareinlagen-Konto		763.55 „
„ Kaution		700.00 „
„ Waren-Rabatt		6 762.85 „
„ Reingewinn		2 659.58 „
Summa:		94 097.30 ℳ

Mitgliederbewegung.

Mitgliederbestand am 1. Juli 1916		885	Mitglieder
Im Laufe des Geschäftsjahres traten ein		55	„
Zusammen		940	Mitglieder
Es schieden aus: durch Austritt	10		
durch Wegzug	8		
durch Sterbefall	1	19	„
Bestand am 30. Juni 1917		921	Mitglieder

Die **Haftsumme** beträgt demnach 921×40 = 36 840 Mark.

Der Vorstand:

A. Münzer. H. Klunkert. O. Kissig. G. Hufnagel. W. Wiese.

Vorstehender Abschluß ist geprüft und mit den Büchern und Belegen übereinstimmend befunden. *1436

Der Aufsichtsrat: J. A.: **H. Ehrhorn.**

Zahn-Atelier Frau v. Schulz

Sprechstunde v. 9—6 Uhr abends. **Steinweg 52.** 2116

Kopfwäsche

mit elektr. Vibrations-Massage, Frisur und Ondulation,

Kamillen-Teer-Behandlung Mk. 1.75.

Moderne Frisuren mit Ondulation 85 Pf.

F. Dahm, Damen-Frisier-Gesch. Inh.: **J. Lüddeke.** **Schmeerstr. 5,** 1 Treppe. **7 Kabinen. — Erste Kräfte.** Fernsprecher 5334.

Mitbringer dieses Inserats erhalten 2708

Kopfwäsche und Frisur zu Mk. **1.50.**

100 Postkarten, gangbarstes *1438 Prachtsortiment, enthaltend Gold-, Glanz-, Broms.-, Kunst-, patr., Blum.-, Kopf-, Kinder-, Geburtstags-, Liebes-, Landsch.-, Witzk. usw. 5 Mk., 200 St. 9 Mk. (10 bis 20 Pf. Verkauf); staunend schneller Absatz. Tausende Anerkennungen. 100 Karten 1.50, 2.50, 3.50 Mk. Weihn.- u. Neujahrsk. 3, 4.50 Mk. P. Wagenknecht Verlag, Leipzig.

Pelz-Kragen und **Muffen, Kostüme, Kostümröcke, Paletots, Kindermäntel, Blusen, Blusenseide, Bettfedern, Waschwannen** gegen bar oder erleichterte **Zahlungsweise.** 2433

Friedrich Gronau, Barfüsserstrasse 16.

Bettnässen. *1390

Befreiung sofort. Alter u. Geschlecht angeb. Ausk. umsonst. „Sanis-Versand“, München 599, Landwehrst. 44.

2717 **Kaufe** und zahle höchste Preise für **ausgekämmtes Haar.**

Zopf-Siebert, nur Leipzigerstr. 33 u. 79, I.

Klavier-, Violin-, Mandolin- und **Gitarre-Unterricht** erteilt 2118] **Wally May,** Torstraße 49.

Ansichts-Postkarten empfiehlt **Die Volksbuchhandlung**

Apollo-Theater

Gastspiel des Deutsch-Türkischen Theaters, Konstantinopel.

Anfang tägl. ½ 8 Uhr. In glänzender Ausstattung. (Gesamtwert 100 000 Mark)

Am goldenen Horn.

Orig. türkische Ausstattungs-Operette in 3 Akten, Text u. Musik von Beyler-Bey.

1. Akt: **Am Bosporus.**
2. Akt: **Ein Kostümfest beim Pascha,**
3. Akt: **Im Selamlik von Emin Bey.** 2711

Vorverkauf 9—1 u. 5—6 Uhr.

Stadt-Theater Halle

Direktion: **Leopold Sachse.**

Donnerstag, den 15. Novbr. 1917:

Die Förster-Christl.

Operette in 3 Aufzügen von Georg Jarno. 2710

Freitag, den 16. November 1917: **Perleberg.**

Därme

zum **Hausschlachten,** trockene u. gesalzene, hat abzugeben 2616

Gust. Paproth,

Halle, Kl. Ulrichstr. 1, Darmhandlung. Tel. 2724.

Karbid-

Tischlampen, Werkstattlampen, Stallaternen, Flurlampen 2c., alle Sorten **Karbidbrenner** von 20 Pfg. an, sowie alle **Bestandteile, Reparaturen** und **Karbidlampen. Karbidkunden** werden noch angenommen. 2718 **Martinstrasse 5.**

Strickwolle und Lumpen kauft 2119

A. Rein, Königsberg 5. Tel. 2409.

Johannes Thurm.

Glauchaerstraße 79:

Donnerstag vorm.: Nr. 1301–1600.

2712 **Reilstraße 10:**

Freitag nachm.: Nr. 601–900.

— Es wird gebeten Papier oder Gefäße mitzubringen. —

Bekanntmachung.

Von Sonntag, den 18. November d. Js. ab, fallen die Schnellzüge D 157 zwischen Magdebung und Halle (ab 8⁴²) — Leipzig (an 9¹⁸) und D 182 zwischen Leipzig (ab 9⁴⁷) und Halle (ab 10³⁵) — Magdeburg **an Sonn- und Festtagen aus.**

Halle (Saale), den 12. November 1917.

*1439 **Königliche Eisenbahn-Direktion.**

Bekanntmachung.

Von Sonntag, den 18. November d. Js. ab, fällt der erste Nachzug 802 Halle (ab 4⁵⁹) — Corbetha (an 5²⁴) **Sonn- und Festtags aus.**

Halle (Saale), den 12. November 1917.

*1440 **Königliche Eisenbahn-Direktion.**

Bekanntmachung,

betr. Verbot des Haltens von Luxuspferden.

Auf Grund des Artikels 68 der Reichsverfassung des § 9b des Gesetzes über den Belagerungszustand vom 4. 6. 1851 und des Gesetzes vom 11. 12. 1915 betr. Abänderung des Gesetzes über den Belagerungszustand verordne ich für den Bezirk des IV. Armeekorps, **unter Ausschluß des Kreises** Ronneburg S.-A., im Interesse der öffentlichen Sicherheit folgendes:

§ 1.

Vom 15. Dezember 1917 ab ist das **Halten von Luxuspferden verboten.**

Die bei der Aushebung nicht oder noch nicht zum **Kriegsdienst geeignet** befundenen und daher nicht ausgehobenen Pferde sind **zwecks voller Ausnutzung** ihrer Spannkraft sofort dem Wirtschaftsleben dauernd zuzuführen.

Luxuspferde im Sinne dieser Bekanntmachung sind **alle Pferde, die nicht in Gewerbe,** Handel, Industrie und **Landwirtschaft in kriegswirtschaftlich wichtiger Weise als Gebrauchspferde** tätig sind, oder nicht vom ordentlichen **Pferdehandel für den dauernden schnellen Ausgleich der Pferde**bestände in Privathandel **verwendet, vielmehr zur Bequemlichkeit oder zu Vergnügungszwecken** für sich oder andere gehalten **werden.**

§ 2.

Die Bestimmungen **des § 1 gelten nicht**

a) für die **Pferde der im § 25 Abs. 2 Ziffer 1—4 des Gesetzes über die Kriegsleistungen** genannten **Personen,**

b) für Pferde unter 2½ Jahren, ferner ältere Fohlen, die **nach Gutachten des zuständigen** Kreistierarztes zum **Gebrauch in den in § 1 erwähnten Betrieben** (Gewerbe usw.) noch nicht **geeignet** sind,

c) für ausschließlich **der Nachzucht dienende Pferde,** soweit der **Besitzer** sie bisher **dazu** verwendete,

d) für Schulpferde, die Erwerbszwecken **dienen,** sowie **Rennpferde** (auch Traber), **wenn** der Friedenswert **nachweislich völlig aus dem Rahmen der möglichen Entschädigung** fällt.

Der Nachweis zu d) **muß,** für jedes derartige **Pferd** besonders, **durch schriftliche Bescheinigung** des Landrats pp. einwandfrei **erbracht werden.**

§ 3.

Die Verabfolgung von Futter jeder Art an **Pferde,** deren **Halten verboten** ist, ist **untersagt.**

§ 4.

Zuwiderhandlungen **werden mit Gefängnis bis zu einem Jahre** bestraft, sofern die bestehenden Gesetze keine höhere Freiheitsstrafe bestimmen. **Sind mildernde Umstände vorhanden,** so **kann auf Haft oder Geldstrafe bis zu 1500 M. erkannt werden. Der Versuch ist** strafbar.

Magdeburg, den 6. November 1917. *1435

Der stellvertretende Kommandierende General des IV. Armeekorps:

Frhr. von Lyncker,

General der Infanterie à la suite des Luftschiffer-Bataillons Nr. 2.

Kauft das gute

zu haben: in den durch Plakate kenntlich gemachten Verkaufsstellen in allen Teilen der Stadt.

Dampf-Brotfabrik Halle a/S.

Rüdigerstr. 12. Fernsp. 4041. 2121

Lumpen, Knochen, Eisen, 2120 **Metalle, Papier** kauft

Albert Bode jun., Große Klausstr. 22.

Familien-Nachrichten.

Nachruf!

Heute mittag 1 Uhr wurde der am 11. November im Alter von 66 Jahren verstorbene **Maurer**

Friedrich Peiske

auf dem Gertraudenfriedhofe zur letzten Ruhe gebettet.

Der Verstorbene war, nachdem er seine Berufsarbeit nicht mehr ausführen konnte, seit vielen Jahren als **Volksblatt-Austräger** tätig und hat sich durch seine fleißige Werbearbeit und sein biederes Wesen ein dauernd ehrendes Andenken gesichert. F

Verlag Volksblatt.

Gestern abend, 6 Uhr, verschied nach kurzem, aber schweren Leiden unser lieber Kollege, der Monteur 2707

Wilhelm Kurtze.

Wir verlieren in ihm einen treuen und aufrichtigen Kollegen.

Wir werden ihm ein dauerndes Andenken bewahren!

Halle (S.), den 13. November 1917.

Die Zivil-Arbeiter u. -Arbeiterinnen der Fl.-Ers.-Abteilung Nr. 14.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219171114-15/fragment/page=0004

Halle und Saalkreis.

Halle, den 14. November 1917.

Säuglingssterblichkeit und Kleinkinderschutz!

Seit Jahrzehnten hat die Sozialdemokratie auf die erschreckend hohe Säuglingssterblichkeit in Deutschland, besonders auch im Industrieland Sachsen, hingewiesen, wo besonders in den Bezirken mit viel Fabriken ein sehr großer Teil der Säuglinge dahinsiegte. Diese Kritiken und Ermahnungen haben seither nicht viel Verständnis in den herrschenden Kreisen gefunden. Wohl haben sich einige Vereine etwas um die hilfsbedürftigen Säuglinge bemüht, auch Stillprämien sind in einigen Städten eingeführt worden; die hierzu zur Verfügung gestellten Mittel waren aber völlig unzureichend. Sie wurden auch nicht wesentlich erhöht, obwohl durch Erfahrung und wissenschaftliche Forschungen zweifelsfrei festgestellt worden war, daß durch die Ernährung des Säuglings durch Muttermilch die Widerstandsfähigkeit der Säuglinge sehr bedeutend gehoben und dadurch die Sterblichkeit herabgesetzt werden kann. Freilich die eigentliche Ursache der traurigen Erscheinung war ja das soziale Elend. Hier hätte eingesetzt werden müssen, wenn man das Uebel an der Wurzel fassen wollte. Darauf hat ja auch die Sozialdemokratie von jeher das Hauptgewicht gelegt. Um zu verhüten, daß bis dahin das Massensterben der Säuglinge unvermindert andauert, sind besondere Maßnahmen nötig. Wir wollen nicht leugnen, daß Anfänge hierzu in Säuglingsheimen, Stillprämien usw. vorliegen, aber alles war ungenügend, und der Wille, mehr Mittel zur Verfügung zu stellen, war zwar wenigstens vereinzelt in der letzten Zeit ein besserer geworden, aber gegen die Widerstände und die vorherrschende Gleichgültigkeit konnte er nicht genügend aufkommen. Erst der menschenmordende Krieg war nötig, um der besseren Erkenntnis mehr Bahn zu brechen. Daß das endlich der Fall ist, davon zeugt unter anderem auch ein Aufruf, der auf Veranlassung des sächsischen Ministeriums des Innern jetzt zu dem Zwecke veröffentlicht wird, eine Geldsammlung zugunsten einer Säuglings- und Kleinkinderfürsorge zu fördern. Darin heißt es (nach der Dresdner Volkszeitung):

Krieg führen heißt Raubbau treiben. Ein Blick in das Leben aller kriegführenden Staaten beweist uns dies. Leider erstreckt sich dieser Raubbau nicht nur auf die wirtschaftlichen Bestände, sondern auch auf die Volkskraft. Die Verluste des Schlachtfeldes sind nicht nur ein Quell bitteren Leides für die Familien, sondern auch schwerster Besorgnisse für den Staat. Keine Zeit mahnt so eindringlich wie die Gegenwart, daß in der Erhaltung und Kräftigung unseres Nachwuchses das vornehmste Mittel gegeben ist, unserm Vaterland einen dauernden Bestand in den Stürmen der Zukunft zu gewährleisten.

Darum ward aus den Nöten des Weltkrieges heraus der Gedanke geboren, daß es für unser deutsches Volk ein Gebot der Selbsterhaltung sei, das bisher arg vernachlässigte Feld der Säuglings- und Kleinkinderfürsorge nunmehr kraftvoll und planmäßig zu bestellen. Wieviel es hierbei zu tun gibt, lehrt die Reichsstatistik in wahrhaft erschreckenden Zahlen: **die Säuglinge bilden etwa den vierzigsten Teil der Gesamtbevölkerung, unter den Toten aber mehr als den vierten Teil. Ihre Sterblichkeit ist demnach zehnmal so groß als die Sterblichkeit der Erwachsenen. . . .** Die Kinder werden fast ausnahmslos gesund geboren. Ihr frühes Sterben ist auf durchaus vermeidbare Fehler in der Ernährung und der Pflege zurückzuführen.

Unsere Aerzte haben im Verein mit Sozialpolitikern die Grundsätze für eine erfolgversprechende Säuglings- und Kleinkinderfürsorge seit langem schon festgestellt. Krieg dem Tode unserer Jüngsten! So lautet der Wahlspruch, den uns die Not unseres Volkes ans Herz legt. Aber auch zu dieser Kriegführung gehört Geld, Geld und abermals Geld. In dieser Tatsache ist die größte Bedeutung der Landessammlung begründet, die am 16., 17. und 18. November überall in Sachsen erfolgen soll."

Gewiß wird hier der Finger in einer bisher nicht üblichen Weise von behördlicher Seite in die Wunde gelegt; freilich, an den eigentlichen Grundursachen geht man, wie die Dresdner Volkszeitung zutrefend bemerkt, auch heute noch vorüber. Daß aber die bessere Erkenntnis noch nicht genügend Bereitwilligkeit zur Hilfe ausgelöst hat, offenbart der Aufruf. Denn ein solcher würde gar nicht nötig sein, wenn Reich und Staat genügend Mittel bereitstellen würden. Das aber müßte man in einer solchen brennenden Frage für die Erhaltung des Lebens der Kinder besonders in heutiger Zeit doch erwarten. Auch das beste Ergebnis einer privaten Sammlung bedeutet bei der Größe des heutigen Säuglingselends soviel wie der Tropfen auf einen heißen Stein! Die Säuglingssterblichkeit ließe sich viel schneller und radikaler vermeiden — wie anderes Volkselend auch! — wenn man dafür nur einen winzigen Teil der öffentlichen Mittel flüssig machen wolle, die jetzt in Hunderte von Milliarden für Vernichtung menschlicher Kultur ausgegeben werden. Aber gerade hier erweist sich der Wahnwitz des Krieges als ein unüberwindliches Hindernis, solch' vernünftige Erkenntnis in kulturfördernde Taten umzusetzen!

Sparsamer heizen!

Von den mannigfachen Einschränkungen, die uns die grausame Kriegsnot auferlegt, wird der Mangel an Brennstoffen als eine der drückendsten empfunden. Die wiederholten amtlichen Mahnungen an die Bevölkerung, mit Brennstoffen aller Art aufs äußerste zu sparen, lassen eine Steigerung kaum noch zu. Auf die unbemittelten Volkskreise dürften sie in den meisten Fällen schon deshalb keinen allzu großen Eindruck machen, weil hier schon die Mittellosigkeit an und für sich als schärfster Sparzwang wirkt. Wer nur über wenig oder gar keine Heizstoffe verfügt, dem braucht man das „Sparen" wirklich nicht noch besonders nahezulegen. . . . Diese fortgesetzten Ermahnungen sind daher wohl auch in erster Linie an Leute gerichtet, die über genügende oder gar reichliche Mengen von Brennstoffen verfügen und für die bisher das Wort „sparen" ein — in jedem Betracht! — unbekannter Begriff war! — Daß bei ihnen Mahnungen zum Sparen — vielleicht noch wirksam unterstützt durch andere Maßnahmen! — sehr notwendig sein mögen, wird niemand bezweifeln. Unsere Leser brauchen wir um so weniger mit allen diesen Sparsamkeitsverordnungen zu behelligen, da sie zur Befolgung all der guten Ratschläge ohnehin ganz von selbst gezwungen sind! Gleichwohl sei auch zu ihrem Nutz und Frommen aus den von der Ortskohlenstelle unentgeltlich zu beziehenden Merkblättern zur Ersparnis von Brennstoffen das mitgeteilt, was bei der Ofenheizung zur Beachtung empfohlen wird:

„Die Feuerung der Oefen vor Inbetriebnahme von Asche reinigen, gegebenenfalls, wenn schadhaft, Rostplatten ausbessern. Auf guten Schluß der Ofentüren und Abdichtungen der Fugen streng achten. Die Luftzuführung mittels der Rosette an der Feuerungstür regulieren. Bei schwacher Heizung die Rosette und die Aschentür dicht schließen. Bei Koks- oder Steinkohlenheizung täglich die Schlacke beseitigen. Aus dem Aschenfall stets die Kokstücke und brennbaren Rückstände heraussuchen, sammeln und wieder verwenden. Bei Preßkohlenheizung beim Anheizen die glühende Asche nicht aus dem Ofen herausnehmen, sondern etwas zurückschieben. Nur die kalte Asche abtrecken und beseitigen, dann neue Preßkohlen schichtweise aufsegen. Der Feuerung so lange Luft zuführen, bis die Kohle rotglühend wird, dann die vordere Falztür fest zuschrauben, so daß Luftzutritt vermieden wird. Achten, daß keine Asche im Falz liegt. Im Küchenherd gegebenenfalls auch halbe Preßkohlen bei geringem Bedarf verwenden (große Briketts teilen!), da dann die einzelne Preßkohle mehr ausgenutzt wird. Zur Erhöhung der Wärmewirkung bei allen Oefen, die in Betrieb sind, Mäntel bzw. Verkleidungen vollständig abnehmen. Wenn dieses nicht angängig, zum mindesten die vorderen Türen der Verkleidungen stets in voller Weite öffnen. Oefen immer sauber halten. Unbedingt für jeden Tag, für jeden Ofen oder Herd die Tagesration festsetzen. Bei Preßkohlen die Stücke abzählen, bei Koks oder Steinkohle in einem Füleimer den täglichen Brennstoff je nach zugewiesenen Mengen einteilen."

Gegen die unhaltbaren Zustände beim Obstverkaufe,

deren Beseitigung wir wiederholt gefordert haben, scheint nun endlich auch der Magistrat etwas unternehmen zu wollen. Er ordnet in einer heute erlassenen Bekanntmachung folgendes an:

Die hiesigen Obstgroßhändler haben ihren Bestand an Aepfeln binnen 48 Stunden dem Stadt-Ernährungsamt, Zimmer 11, schriftlich anzuzeigen. Zweck dieser Aufforderung ist eine Regelung des Verkaufs der Aepfel, welche im Interesse der Händler und des Publikums das lästige Anstellen an den Läden verhindern soll. **Die Abgabe von Aepfeln ist mit dem Zeitpunkte der Veröffentlichung dieser Bekanntmachung vorläufig einzustellen.** Zuwiderhandlungen, insbesondere Unterlassung, Unrichtigkeit oder Unvollständigkeit der Anzeige, ziehen die gesetzlichen Strafen nach sich.

Der Magistrat.

Es bleibt nun abzuwarten, ob der Magistrat mit dieser begrüßenswerten Maßnahme, die freilich etwas reichlich spät kommt! — den beabsichtigten Zweck erreicht. Daß die Obstgroßhändler nach Mitteln und Wegen suchen werden, sie in dem vom Magistrat gewollten Sinne möglichst unwirksam zu machen, dafür sprechen die bisherigen unerfreulichen Erfahrungen, die man mit unserer gesamten Kriegswirtschaft gemacht hat. Solchen etwaigen Absichten kann nur durch eine sofortige Beschlagnahme des Obstes ein kräftiger Riegel vorgeschoben werden!

Kriegswirtschaftliche Organisation!

Woher der Wagenmangel kommt!

Dem Hann. Cour. wird aus Einbeck geschrieben: „Dem Kreise Einbeck ist der Monatsbedarf an Zucker durch die Reichszuckerstelle von der Zuckerfabrik in Gröningen bei Halberstadt (!) zugewiesen. Dabei hat, wie der Reichszuckerstelle natürlich bekannt ist, Einbeck eine große Zuckerfabrik, die aber ihren Zucker in Dortmund und an anderen Orten weit weg lagern muß und deren Lager hier am Orte zurzeit infolge des Wagenmangels derart vollgestopft sind, daß sie Gefahr läuft, den Betrieb stillegen zu müssen, weil sie den Zucker nicht mehr lagern kann. Da heißt es von allen Seiten, zur besseren Ausnützung der Güterwagen müsse jede überflüssige Beförderung vermieden werden. Und da muß ausgerechnet ein Kreis, in dem eine Zuckerfabrik bis zum Halse voll steckende Zuckerfabrik liegt, von einer Zuckerfabrik bei Halberstadt beliefert werden, und da dieser Zuckerfabrik keine Wagen gestellt werden können, so hat der Kreis Einbeck keinen Zucker (!!). Ist so etwas im vierten Kriegsjahre noch möglich?"

Die Eisenbahnverwaltung sollte einmal über diese Art der Beanspruchung ihrer Wagen durch die Kriegsgesellschaften Erhebungen anstellen. Vielleicht würde dann die ganze Stückgütersperre überflüssig werden. Im kleinen spart man, im großen wird vergeudet! Das nennt man dann Organisation!

Kriegerwitwen und Angestelltenversicherung.

Die Witwe oder die Kinder von kaufmännischen Angestellten, Werkmeistern, Technikern usw., die dem Versicherungsgesetze für Angestellte unterstellt waren, haben beim Tode des Versicherten Anspruch auf die Hälfte der für den Versicherten eingezahlten Beiträge. War der Mann oder der Vater freiwilliges Mitglied, steht den Hinterbliebenen sogar ein Anspruch auf drei Viertel des eingezahlten Betrages zu. Dieser Anspruch erlischt, wenn er nicht innerhalb eines Jahres nach dem Tode des Versicherten geltend gemacht wird. Während des Krieges hat sich herausgestellt, daß in Fällen, wo Kriegsteilnehmer längere Zeit vermißt waren, ehe die Angehörigen Gewißheit vom Tode erhielten, oder ehe sie die Hoffnung aufgaben und an den Tod glaubten, infolge der erwähnten Bestimmung im Versicherungsgesetz für Angestellte ihr Anspruch auf Rückerstattung eines Teiles der eingezahlten Beiträge verjährt war. Aus den gleichen Ursachen trat übrigens häufig eine Schädigung auch für die Hinterbliebenen von Kriegsteilnehmern ein, die Ansprüche auf Witwengeld aus der Invalidenversicherung zu stellen berechtigt waren.

Infolgedessen hat der Bundesrat durch eine Verordnung vom 11. Mai 1916 verfügt, daß bei Todesfällen von Kriegsteilnehmern, die längere Zeit vermißt gewesen sind, die betreffenden Bestimmungen des Invaliden- und Angestelltenversicherungsgesetzes nicht in Anwendung kommen können. Nunmehr ist eine neue Verordnung des Bundesrats erlassen worden, worin er bestimmt, daß unter Aufhebung der Verordnung vom 11. Mai 1916 die Frist für die Geltendmachung des Erstattungsanspruches von Angehörigen vermißter oder verstorbener Kriegsteilnehmer nach § 398 des Versicherungsgesetzes für Angestellte mit dem Schlusse des Kalenderjahres beginnt, in welchem der Krieg beendet ist.

Diese Fristbestimmung soll auch entsprechend für Versicherte gelten, die nicht zur bewaffneten Macht gehören, wenn sie sich bei ihr aufgehalten haben oder ihr gefolgt sind, oder wenn sie in die Gewalt des Feindes geraten sind. In Ausnahmefällen ist auch noch eine weitere Fristverlängerung vorgesehen, wenn besondere Hindernisse vorgelegen haben. Wird nachgewiesen, daß ein Versicherter, der als verschollen galt, noch lebt, so braucht die Reichsversicherungsanstalt zu Unrecht erstattete Beiträge nicht zurückfordern.

Diese neue Verordnung hat unter Aufhebung der Verordnung vom 11. Mai 1916 rückwirkende Kraft vom 1. August 1914 ab. Ist auf Grund der früheren Bestimmungen eine Beitragserstattung wegen Verfalls des Anspruchs rechtskräftig abgelehnt worden, so ist auf Grund der neuen Verordnung von Amts wegen zu prüfen, ob die Bestimmungen dieser Verordnung für den Berechtigten günstiger sind, in diesem Fall ist dem Berechtigten ein neuer Bescheid zu erteilen.

16]

Der Sonnenwirt.

Roman von Hermann Kurz.

Sie sagte dies alles auf eine scherzhafte Weise, in welcher gleichwohl etwas Aufmunterndes lag. „Aber freilich," fügte sie hinzu, „Wirte sehen mehr auf äußeres als auf inneres Metall, und bei Wirtssöhnen wird man ohne Zweifel den gleichen Gout antreffen."

„Monträr, im Gegenteil," versetzte der junge Mensch, „ich seh' bei einem Mädle aufs Herz und nicht auf die Batzen. Liebreich ist über hübsch, und hübsch ist über reich. Aber Exküse, Frau Amtmännin, mein Sinn steht darauf, daß, wenn ich einmal heiraten tu', so muß es ein freies Mädle sein. Ich will mein Weib nicht aus der Dienstbarkeit holen. Arm darf sie wohl sein, aber keine solche, die schon auf der Adelsbank herumgerutscht und in vornehmen Häusern herumgepudelt worden ist.

Die Amtmännin fuhr aus dem Armsessel auf, und ihre Kontusche von Perse rauschte wie eine Windsbraut durch das Zimmer. „Er Flegel, der Er ist!" schrie sie, „meint Er denn, ich werde meine Perlen vor solche Schweine werfen! Eine Zigeunerin wird Er noch kriegen oder des Seilers Tochter, wenn's hoch kommt, wozu alle Aussicht vorhanden ist! Reis' Er sich auf der Stelle, und laß Er sich's nicht beigehen, mir wieder unter die Augen zu treten."

Friedrich hatte eben das Glas ergriffen, um zur Bekräftigung seiner Rede einen herzhaften Schluck zu tun, als dieser unerwartete Sturm bei vermeintlich heiterem Himmel ausbrach. Er setzte verblüfft das Glas auf den Tisch, ergriff seinen Korb und machte sich rüstlings gegen die Tür, wobei er den eben eintretenden Amtmann empfindlich auf den Fuß trat. Dieser neue Fehltritt war nicht geeignet, ihm seine Fassung wieder gewinnen zu helfen; vielmehr gelangte er strauchelnd und taumelnd zur Tür hinaus, von grimmigen Blicken und unfreundschaftlichen Segenswünschen verfolgt.

„Aber die kann einem den Marsch machen!" sagte er verwundert zu sich, als er auf der Straße war. Er trug langsam seinen Korb nach Hause, ohne sich recht erklären zu können, wodurch er die Frau so plötzlich gegen sich aufgebracht habe. Desto deutlicher stand ihm die doppelte Tatsache vor Augen, daß er um eine nicht zu verachtende Gönnerschaft ärmer und um einen furchtbaren Feind reicher geworden sei. Er verabredete hinter dem Rücken seines Vaters mit einem Knecht, daß dieser künftig statt seiner das Fleisch ins Amtshaus tragen solle; aber trotz dieser Auskunft machte ihm der Vorgang nicht wenig zu schaffen. Verschüttet Oel ist nicht gut aufheben, sagte er den ganzen Tag bedenklich mit dem Sprichwort zu sich.

Was konnte er unter dem Gewichte dieser Betrachtung Besseres vornehmen, als die Flasche aufzusuchen, in welcher der Deutsche, der Jüngling wie der Greis, der gemeine Mann wie der vornehme, schon so manche Verlegenheit ersäuft oder erst recht großgezogen hat! Sein Vater war ausgeritten, Ochsen zu kaufen, und wurde erst in später Nacht zurückerwartet; die Stiefmutter aber stand nicht in so hohem Ansehen bei ihm, um ihretwegen die Hausordnung einzuhalten. Er erlaubte sich, das Nachtessen zu umgehen, und besuchte dafür ein Bäckerhaus, wo er gerne einzusprechen pflegte.

Die Stube war halbdunkel, als er sie betrat. Auf einem Ofenbänkchen dämmerte der Bäcker, wie es ihm schien; die Wärme des Ofens ließ sich bei der vorgerückten Jahreszeit recht behaglich empfinden. Hinter dem erhellten Fenster, das in die Küche ging, bewegte sich eine Gestalt, die er für die Bäckerin hielt. „Duselst. Beck?" sagte er, dem Manne im Vorübergehen einen freundschaftlichen Rippenstoß versetzend; „in Schoppen Grillengift, Beckin!" rief er dann, gegen die Küche gewendet, und schlug ein paarmal mit der Faust auf den Tisch. Dann setzte er sich und stützte nerveßlich den Kopf auf die Hand.

Ein Licht wurde gebracht und vor ihn gestellt, ohne daß er den Kopf erhob. Gleich darauf stellte dieselbe Hand den begehrten Wein im Schoppenglase vor ihn auf den Tisch. Ohne aufzusehen, wurde er doch der Hand gewahr, die mit dem Glase vor seinen Augen erschien. Sie hatte, trotzdem daß sie nichts weniger als glatt und geschont aussah, etwas Zartes; die wohlgedrechselten Fingerchen schlangen sich allerliebst um das Glas, und an die Hand schloß sich ein zierlicher, runder, voller Arm. Eben wollte er verwundert fragen, wie die beleibte Bäckersfrau zu so anmutigen Gliedmaßen komme, als ein fremdes feines Stimmchen das in den Wirtshäusern übliche „Wohl bekomm's" dazu sprach. Er tat die Hand von den Augen, sah hin, ließ den Arm auf den Tisch fallen, hob den Kopf und starrte mit freudigen Schrecken die Erscheinung an. Es war niemand anders als das hübsche Mädchen mit den gelben Zöpfen, das ihm neulich bei seinem unglücklichen Werbungsversuch begegnet war, und das er seitdem nicht aus dem Sinn verloren hatte.

„Ei," sagte er lustig, „heut' hätt' ich eigentlich einen schwarzen Strich in den Kalender machen sollen, jetzt noch! ich aber einen roten dafür. — Was ist denn das, Beckin?" rief er der eintretenden Frau entgegen. „Habt Ihr Euch eine Kellnerin aus dem himmlischen Reich verschrieben?"

„Das ist keine Kellnerin," entgegnete sie, „es ist mein Dötle (Patchen), das mir ein bißle im Haushalt und in der Wirtschaft aushilft."

„Wie heißt denn du, Herzäderle?" fragte er.

„Christine," antwortete das Mädchen mit schalkernem Lächeln und trat einige Schritte von ihm weg, indem sie zugleich jenen hingebenden Blick auf ihn fallen ließ, der ihm schon einmal durch die Seele gedrungen war.

„Bist du von hier?"

„Ja wäger ist sie von hier," sagte die Bäckerin, „sie ist ja des Hirschbauern Tochter."

„Daß dich der Strahl!" rief er. „Ich hätt' geglaubt, ich solt' Kind und Kegel im Fleden hier kennen. Ja, dort hinaus bin ich freilich in Jahr und Tag nicht gekommen."

„Arme Leut' sind unwert," versetzte die Bäckerin, „denen läuft niemand nach."

„O, Beckin, redet nicht so! Ihr wißt wohl, daß es mir anders uns Herz ist. Aber," wandte er sich zum Mädchen, „wo steckt denn du, du Zuckertengele, daß ich doch noch kein einzig's Mal ins Aug' gefaßt hab'? Man sollt' dich ja wahrhaftig für eine Fremde halten."

„Sie ist nie viel unter die Leut' kommen," antwortete ihre Patin für sie. „Sie ist von Kind auf immer so ein Dirfiele gewesen."

„Es ist heut' nicht das erst' Mal," sagte Christine leise und freundlich.

„Ja, gelt?" erwiderte er lebhaft, „neulich sind wir einander auch begegnet?"

„Das ist wiederum nicht das erst' Mal gewesen."

„Ja, das Mädle hat Euch noch einen Dank abzustatten von lang her, für etwas, da Euer Herz nicht mehr dran denkt. Geh erzähl's ihm, Christinele."

„Ich nicht!" rief das Mädchen und zog sich kichernd hinter den Ofen zurück. „Erzählet Ihr's, Dote!"

„Muß ich das Maul für dich auftun, du Dichele?" sagte diese „Nun also! Ich will anfangen, wie man ein Märlein anfängt. Es ist einmal ein klein's Mädle gewesen, hat Bäckleiv gehabt wie Milch und Blut, das Spruchbuch hat's unterm Arm getragen, und ein großer Apfel, so rotbacig wie es selber, der hat ihm aus dem Schürzentäschle herausgeguckt. So ein Apfel unter der Schulzeit — Ihr werdet's wohl noch wissen — das ist für ein Schulkind so viel oder noch mehr als für einen jungen Burschen ein Schoppen Wein im Beckenhans. Kommt so ein barfüßiger Flegel daher, ein paar Jahr' älter als das Kind, und sagt: „Gleich gibst mir dein Apfel, oder ich schlag dir ein paar Zähn' in Hals!" Mein Christinele schreit und rennt, war gilt's, was hilft! Aber der Bub' hintendrein und faßt sie am Fittich und schüttelt sie und will ihr den Apfel nehmen. Da kommt aber einer über ihn, und wer anders als der Sonnenwirtle, der Frieder, der nie kein Unrecht mit müßiger Faust hat ansehen können. Der faßt den groben Zolger und schüttelt ihn ebenmäßig und steckt ihm ein Paar, aber nicht wie's die Buben austeilen, sondern wie's die Buben von einen Mann kriegen, wenn ein Marksein gesetzt wird."

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219171114-15/fragment/page=0005

Ohnehosen.

Wir lesen in der Wiener Arbeiterzeitung: Es war im Jahrzehnt der großen französischen Revolution, als „man" zuerst verächtlich von den Leuten ohne Hosen, den Bettlern, sprach, diese aber den Vorwurf bald zur Ehrenbezeichnung nahmen und sich im Gegensatz zu den privilegierten Nichtstuern die „Ohnehosen" nannten. Daran wird man jetzt erinnert. Wer von seiner Arbeit und nicht von der Ausbeutung anderer lebt, vermag die hohen Preise eines neuen Kleidungsstückes nicht aufzubringen; er wendet das Werktagsgewand, nimmt, sobald dieses verschlissen ist, den Sonntagsanzug her. Bald wird auch der hin sein und manch einer, der sonst gewohnt war, seinen Anzug peinlich sauber und nicht zerschlissen zu tragen, wird sich vergebens wehren, daß die Hosen ausgetrannt werden und sich am Rock Flecken festsetzen, die nicht mehr wegzubringen sind. Alle Bezugsscheine werden ihm wenig nützen, da er die Kosten eines neuen Gewandes, und sei es selbst eines Volkskleides, nicht wird erschwingen können. Wenn dann einer im neuen Modeanzug in die Tramway einsteigen wird, wird man sich wohl von ihm wegschieben, denn er ist offenbar ein Kriegsgewinner oder hat auf eine andere unredliche Art Geld gemacht. Und „Ohnehosen" wird wieder ein Ehrentitel werden und jene bezeichnen, die die Träger der großen Revolution für den Sozialismus sein werden. Ohnehosen, das ist Revolutionsahnen. Wir wollen es für die Verwirklichung nehmen.

---

* Die Städtische Kriegshinterbliebenen-Fürsorge Kl. Steinstraße 8 II nimmt an Werktagen von 10 bis 1 Uhr von Kriegshinterbliebenen Anträge auf Zusaprente, Kriegselterngeld, Gnadengebührnisse, Berufsausbildungskosten, Kapitalabfindung anläßlich der Wiederverheiratung, ferner auf Zuwendungen an Stiefeltern, Schwiegeeltern, Pflegeeltern, Adoptiveltern, Geschwister, Stiefgeschwister, Stief-, Pflege- und Adoptivkinder, schuldlos geschiedene Ehefrauen in Zimmer 20/30 entgegen. Die Beratungs- und Fürsorgeabteilung befindet sich Zimmer 28, woselbst auch Unterstützungsanträge der Hinterbliebenen angebracht werden können.

Anträge auf gesetzliche Versorgung (Kriegswitwen- und Kriegswaisengeld) sind nur bei der Polizeiverwaltung, Dreihauptstraße 6, Zimmer 66, zu stellen.

* Die Ansteckungsgefahr bei Ruhrerkrankungen wird besonders durch die Ausscheidungen Ruhrkranker erheblich gefördert. Die Polizeiverwaltung weist darauf hin, daß in letzter Zeit wiederholt Straßen und Plätze durch Menschenkot verunreinigt worden sind. Es ist festgestellt worden, daß in einem Falle die Ausscheidung von einem Leichtruhrkranken herrührte. Da aus den Entleerungen Ruhr- und Typhuskranker Ansteckungsstoffe durch Fliegen übertragen werden können, warnt die Polizeiverwaltung im öffentlichen Interesse ernstlich vor derartigen Verunreinigungen der Straßen und Plätze. Uebertretungen sollen gemäß §§ 6 und 73 der Straßen-Polizeiordnung vom 14. September 1910 unnachsichtlich geahndet werden.

* Einschränkung des Gepäckverkehrs. Wie die Eisenbahnverwaltung schreibt, hat der Gepäckverkehr zurzeit einen Umfang angenommen, daß er vielfach zu ernstlichen betrieblichen Schwierigkeiten geführt hat. Insbesondere ist das Gewicht der einzelnen Stücke hinsichtlich so groß, daß es von den zurzeit für den Gepäckdienst zur Verfügung stehenden Hilfskräften, namentlich den weiblichen Kräften, nicht bewältigt werden kann. Um eine Einschränkung dieses Verkehrs herbeizuführen, wird daher mit Gültigkeit ab 15. November d. J. das Gewicht für das einzelne Gepäckstück auf 50 Kilogramm beschränkt. Der Gewichtsbeschränkung unterliegen nicht: Fahr- und Rollstühle, die Kranke oder Gelähmte mit sich führen, Kuriergepäck, Gepäck der Offiziere, Musterkoffer der Geschäftsreisenden, soweit die Musterkoffer in Personenzügen befördert werden sollen, und der Reisende eine Bescheinigung der Handelskammer über die Notwendigkeit der Mitführung als Gepäck vorweist. Musikinstrumente in Kästen, Futteralen oder anderen Umschließungen, sofern sie unzweifelhaft zum persönlichen Gebrauche des Aufgebers dienen, Geräte von Artisten und Schaustellern.

* Persönlicher Ausweis bei Eisenbahnfahrten. Nach der neuesten Verfügung des Stellv. Generalkommandos des 4. Armeekorps muß künftig jeder Reisende bei Benutzung der Eisenbahn einen persönlichen Ausweis bei sich führen.

* In den Vorträgen des Bundes für Volkskraft spricht am Donnerstag, dem 15. November 1917, abends 8½ Uhr, Prof. Dr. Menzer über: Der Krieg und die Philosophie. Der Vortragende wird, wie uns der Bund mitteilt, die Versuche, den Krieg im Leben der Völker zu „rechtfertigen", prüfen und insbesondere die Frage nach einer „sittlichen Bewerung" erörtern.

* Stadttheater. Heute, Mittwoch, geht Schillers Maria Stuart in Szene; Donnerstag Die Förster-Christl. Am Freitag gelangt unter der Spielleitung von Adalbert Krimar das Lustspiel Periebera von Karl Sternheim zur Erstaufführung. Sonnabend nachmittag wird als Schülervorstellung bei kleinen Preisen das Schauspiel Luther auf der Wartburg gegeben. Für abends 7½ Uhr ist Richard Wagners Tannhäuser angesetzt. Der Sonntag-Spielplan bringt nachmittags 3½ Uhr als Volksvorstellung das Schauspiel Es lebe das Leben von Sudermann, abends Erstaufführung der Oper Die verkaufte Braut von Smetana.

* Walhallatheater. Auf die heutige Vorstellung der Operette Die Kaiserin von Leo Fall sei nochmals hingewiesen. Die Vorstellung beginnt pünktlich 3/8 Uhr.

Ostendorf. Scharfauf Leder. Einbrecher drangen in die Ziegelei der Gebrüder Lindner ein und erbrachen die Scheune sowie zwei Wagenremisen. Sie erbeuteten zwei Treibriemen und zwei Schoßleder. Die Täter sind unerkannt entkommen.

Gröbers. Gestohlen wurden der Witwe Bergmann aus ihrer Wohnung ein Sparkassenbuch und mehrere hundert Mark bares Geld. Die sofort eingeleitete Untersuchung war bis jetzt ergebnislos.

Bennewitz. Ein wertvoller Treibriemen wurde dem Gutsbesitzer Bernh. Troitsch von seiner Dreschvorrichtung weg gestohlen. Vom Täter hat man bis jetzt keine Spur.

Lehmdorf. Diebstähle der Zeit. Im Kuhstalle des Gutsbesitzers Zorn wurde in der Nacht zum Sonntag ein halbjähriger Bulle geschlachtet, abgezogen, entweidet und gestohlen.

Die Zeitungsschröpfung!

Papierpreissteigerung um das Dreifache! — Preissteigerung der Druckmaterialien um das Fünffache!

Welch ungeheuerlichen Schröpfungen die Zeitungen unterliegen, ist schon oft betont worden. Aus einer Zusammenstellung des Parteivorstandsmitgliedes Braun, der die Pressemaßnahmen der alten Partei zu regeln hat und daher genauen Einblick in die Steigerungen der Zeitungskosten gewann, geht folgendes hervor:

Die Zeitungen zahlten vor Kriegsausbruch für 100 Kilogramm Rollenpapier 21,40 Mk. Ich lege hier den Durchschnittspreis zugrunde, der von den auf alle Teile des Reiches verteilten sozialdemokratischen Zeitungen gezahlt wurde und der sich mit dem von der bürgerlichen Presse gezahlten Preise deckt. Dieser Preis blieb bis zum 1. Juli 1915 im allgemeinen bestehen, da die Zeitungen sich zumeist durch langfristige Lieferverträge gesichert hatten. Ungeachtet solcher Verträge forderten die Papierfabriken von diesem Zeitpunkt ab eine Erhöhung des Preises um 10 Prozent. Durch Vermittlung der Reichsregierung gelang es, die Erhöhung auf fünf Prozent herabzudrücken mit Geltungsdauer bis zum 1. April 1916, so daß nunmehr von unseren Zeitungen im Durchschnitt 22,40 Mk., also etwa eine Mark mehr, gezahlt werden mußte. Kurz vor Ablauf dieses Zeitraumes forderten die Papierfabriken ab 1. April 1916 eine Erhöhung um 20 bis 40 Prozent, die sie auch durchsetzten, da die Zeitungen sich nicht der Gefahr aussetzen konnten, ohne Papier zu bleiben. Unsere Zeitungen hatten nunmehr im Durchschnitt 28,36 Mk. für 100 Kilogramm zu zahlen.

Indes schon nach einem Vierteljahr zogen die Papierfabrikanten erneut die Schraube an und forderten ab 1. Juli 1913 eine Erhöhung der bis dahin gezahlten Preise um 8 Mk. für 100 Kilogramm, die die Händler zumeist auf 10 Mk. abrundeten. Nunmehr griff die Regierung endlich ein. Es wurde eine Reichsstelle für Druckpapier gebildet, der die Preisfestsetzung übertragen wurde. Obwohl der Reichskanzler auf eine Eingabe des sozialdemokratischen Parteivorstandes unter dem 4. August 1916 geantwortet hatte, durch die von der Reichsregierung getroffenen Maßnahmen werde es sich ermöglichen lassen, der Tagespresse das erforderliche Papier annähernd auf der bisherigen Preisgrundlage sicherzustellen, gab die neue Reichsstelle dem Druck der Papierfabrikanten nach und setzte den Preis ab 1. Juli 1916 der Forderung der Fabrikanten entsprechend auf 15 Mk. über den Preis vom 30. Juni 1915 fest. Gleichzeitig hob sie mit einem Federstrich alle noch zu Recht bestehenden Lieferverträge auf. Für unsere Zeitungen ergab sich aus dieser Regelung im Reichsdurchschnitt ein Papierpreis von 38,36 Mk. für 100 Kilogramm, sonach eine Erhöhung des Friedenspreises um zirka 80 Prozent. Von dieser Erhöhung nahm die Regierung 4 Mk. pro 100 Kilogramm zum Zeitungsdruck verwendeten Papieres auf die Reichskasse. Ein Verfahren, das nicht ganz unbedenklich ist, da es darauf hinausläuft, den an der Papiererzeugung interessierten Kapitalistengruppen hohe Gewinne auf Kosten der Allgemeinheit zu sichern.

Da der Ausgangspunkt der Preistreibereien auf dem Papiermarkt bei den Holzlieferanten, den staatlichen und privaten Forstverwaltungen und den zum erheblichen Teil für die Kriegsindustrie mit riesigen Gewinnen arbeitenden Zellstofffabriken lag, gründete die Regierung eine Reichsstelle für Papierholz, der die Aufgabe zugewiesen wurde, während der Dauer des Krieges die Tagespresse mit dem erforderlichen Druckpapier zu einem angemessenen Preise zu versorgen. Das sollte dadurch erreicht werden, daß die Reichsstelle die Lieferung von Papierholz an die Zellstoff-Fabriken zu einem vom Reichskanzler auf ihren Vorschlag festzusetzenden Preise sicherstellte. Damit war der Schwerpunkt der Preisgestaltung auf dem Zeitungspapiermarkt in diese Reichsstelle verlegt.

Der ab 1. Juli 1916 festgesetzte Papierpreis blieb nunmehr bis zum 1. Juni 1917 unverändert. Da setzten die Zellstoff- und Papierfabriken eine erneute Erhöhung von 8,25 Mk. für 100 Kilogramm durch, so daß sie nunmehr etwa 46 bis 47 Mk. pro 100 Kilogramm, das ist mehr als das Doppelte des Friedenspreises, erhielten. Indes banden sie sich auf diesen Preis nur für fünf Monate.

Kurz vor Ablauf dieser Frist sind sie denn auch mit einer neuen Forderung hervorgetreten, die alle bisherigen in den Schatten stellt. Sie forderten eine Preiserhöhung von 12 bis 16 Mk. für 100 Kilogramm und haben auch 11 Mk. durchgesetzt, so daß sie nunmehr etwa 57 bis 58 Mk. für 100 Kilogramm Zeitungspapier erhalten werden. Damit nähert sich der Preis dem Dreifachen des Friedenspreises.

Diese unerhörten Preistreibereien waren möglich trotz des Eingreifens der Regierung und der Tätigkeit der Reichsstellen. Die letzteren scheinen sich mehr und mehr darauf zu beschränken, den von den Fabrikanten geforderten Preisen nach geringfügigen Abstrichen die behördliche Sanktion zu erteilen. Ebenso wie auf dem Lebensmittelmarkt schreckt auch hier die Regierung vor durchgreifenden Maßnahmen zur Beeinflussung der Preise zurück und trägt der kapitalistischen Gewinnsucht im weitgehendsten Maße Rechnung.

Die Zeitungen werden sich daher ab 1. November d. J. wieder auf eine erhebliche Mehrausgabe für Papier einrichten müssen, die sie um so schwerer trifft, als auch alle anderen zur Zeitungsherstellung erforderlichen Materialien und Betriebsstoffe, wie Farbe, Fette, Metalle usw. bis zu 500 Prozent im Preise gestiegen sind und noch andauernd steigen. Auch werden sie durch die Ausgaben für Teuerungszulagen, die infolge der furchtbaren Teuerung unerläßlich sind, wie durch die Unterstützungen der Familien ihrer zum Heeresdienst einberufenen Angestellten stark belastet. So haben die sozialdemokratischen Zeitungsunternehmungen allein an solchen Unterstützungen während der Dauer des Krieges weit über eine Million Mark aufgewendet.

Unter diesen Verhältnissen leidet die sozialdemokratische Presse naturgemäß am stärksten; die bürgerliche Presse zieht zum Teil hohe Einnahmen aus den Inseraten der Rüstungsindustrie, und einzelne besonders kriegstreiberische Blätter werden von der hohe Kriegsgewinne einheimsenden Schwerindustrie durch direkte oder indirekte Zuwendungen unterstützt.

Die sozialdemokratische Presse ist dagegen vorwiegend auf die Einnahmen aus den Abonnementsbeträgen angewiesen, die bisher nicht entfernt in dem der Steigerung der Papierpreise und der sonstigen Herstellungskosten entsprechendem Maße gesteigert worden sind.

Will die sozialdemokratische Presse weiter bestehen und wie bisher die Interessen der minderbemittelten Volkskreise wirksam verfechten, ihren Kampf für Frieden, Freiheit und Brot mit unverminderter Kraft und Ausdauer fortsetzen, dann muß sie ihren Lesern eine wesentliche Erhöhung der Abonnementsgelder auferlegen, weil anders sie die durch die Preistreibereien der Lieferanten von Papier und sonstigen Materialien erzwungenen erhöhten Ausgaben nicht decken und ihren Fortbestand sichern kann. Dieser Erkenntnis können und werden die Leser sich nicht verschließen.

Von der Regierung muß aber verlangt werden, daß sie der Gewinnsucht der an der Papiererzeugung interessierten Kapitalistengruppen wirksam entgegentritt und den unerhörten Preistreibereien dieser Kreise ein Ziel setzt.

Frauen an der Wahlurne.

Im Kanton Neuenburg sind in den ersten Oktoberwochen die Frauen zweimal auf Grund der neuen Verordnungen des Großen Schweizer Rates zur Wahl geschritten, und zwar zur Pfarrwahl der Stadt Neuenburg und zur Wahl der gewerblichen Schiedsrichter.

Von der letzteren Wahl wird in der schweizerischen Presse erzählt, daß sie dank der erstmaligen Beteiligung der Frauen ein ungemeines Interesse hervorrief und die allgemeine Beteiligung daher eine weit regere war als bisher. Bei der Gruppe der Arbeitgeber, die im Jahre 1913 nur 12 Stimmen zählte, wählten diesmal 139, darunter 122 Frauen und 17 Männer. Bei den Arbeitern wurden 105 Männer und 98 Frauen gezählt. Sehr anschaulich wird vom Wahlvorgang, an dem eine 77jährige Frau als erste zur Stimmabgabe antrat, erzählt:

„Hausfrauen rückten mit Körben an oder trugen das Gemüse für den Suppentopf unterm Arm. Ganze Familien erschienen: Vater, Mutter, Sohn; Mann, Frau und Kindermädchen. Kinder warteten im Vestibül oder stahlen sich unbemerkt in den Wahlraum, wo sie ihre Väter und Mütter in einer Kabine verschwinden und auf der anderen Seite wieder auftauchen sahen. Da geschah es nicht, daß etwa ein Mann seine Frau gesucht hätte, wie die vorausgesagt hatten, die der Meinung sind, das Frauenstimmrecht müsse allgemach Unordnung in den Hausbalt bringen. Da ward kein Kind zu Hause gelassen, verängstigt, hungernd und zerlumpt, während die unnatürliche Mutter den Haushalt vernachlässigt und zur Urne läuft. Nein, die Familie erschien vollzählig, in bestem Einvernehmen, um so vereint ihrer Wahlpflicht zu genügen. Frauen aller Stände, jedes Alters, stiegen treppauf, treppab. Dies alles geschah nicht ohne Aufregung, nicht ohne Herzklopfen, weil viele Frauen im deutlichen Bewußtsein ihrer Unerfahrenheit den Wahlraum betraten. Man hatte ihnen sooft eingeprägt, eine Frau, die abstimmt, sei keine Frau mehr, so daß es schien, als machten sie sich auf etwas ganz Außergewöhnliches gefaßt. Am meisten aber verblüffte die Tatsache, daß das Einwerfen des Stimmzettels in die Urne eine so einfache Handlung war, ja gerade so ein mütterliches und weibliches Geschäft, wie das Einwerfen von Briefen in einen Briefkasten."

Aus Magdeburg.

Der neue Oberpräsident von der Schulenburg gibt im neuesten Regierungs-Amtsblatt seine Ernennung zum Oberpräsidenten der Provinz Sachsen bekannt und teilt mit, daß er sein neues Amt am 1. November angetreten habe.

50 Gramm Butter. Marke Nr. 8 für November tritt am Freitag, dem 16. d. M., in Kraft, sie berechtigt zum Empfang von 50 Gramm Butter.

Mit einer Erhöhung des Grudekoksproises hatte sich eine Sitzung der Ortskohlenstelle unter Vorsitz des Stadtrats Landsberg zu befassen. Die Riebeckschen Montanwerke in Halle haben den Lieferpreis um 40 Mk. für den Doppelwagen oder 20 Pf. für den Zentner erhöht. Es sollte geprüft werden, ob auch die Kleinhandelspreise eine entsprechende Erhöhung erfahren müßten. Es entspann sich eine scharfe Auseinandersetzung zwischen den Vertretern der Händler und Verbraucher. Schließlich wurde der Preis auf 2,35 Mk. für den Zentner ab Lagerplatz des Händlers festgesetzt.

Winter-Ueberzieher und Ulster

Hauptzweig des Geschäfts
in wunderbar schönen Farben und noch guten Stoffen in Hunderten am Lager.

Hauptpreislagen: **48 65 78 u. 100 Mark.**

In grünen, grauen, braunen, schwarzen, blauen und sonstigen Modefarben, in glatten, Glockenformen, mit oder ohne Quetschfalten oder sonstigen Modefasions.

Ferner ein Posten schwere, stark gefütterte [2716

Wintermäntel,

mit und ohne Pelerinen, bester Schutz gegen Kälte, passend für Reise und Nachtdienst, zu wohlfeilen Preisen.

Verkauf nur gegen Bezugschein.

Ernst Renner,

nur 14 Marktplatz 14.

Sonntags bis auf weiteres vollständig geschlossen.

Velourhüte, alle Farben, grosse Auswahl, niedrige Preise.

Clara Leissner, Lindenstrasse 53. Tel. 3354. 2602

Amtliche Bekanntmachungen.

Verkauf von Raps-Spinat.

Soweit der Vorrat reicht, wird am Donnerstag, den 15. November 1917, vormittags von 8½—12 Uhr und nachmittags von 2—6 Uhr, in der Talamtschule Raps-Spinat, zum Preise von 24 Pfennig für das Pfund, abgegeben. Der Lebensmittelschein ist vorzulegen. Abgezähltes Geld (vor allem Kupfer) ist unbedingt bereitzuhalten.

Halle, den 14. November 1917. **Der Magistrat.**

Verfüttern von Zuckerrüben.

Nach § 2 Abs. 1 der Verordnung über den Verkehr mit Zucker vom 17. Oktober 1917 (Reichs-Gesetzbl. S. 914) dürfen Zuckerrüben nicht verfüttert werden. Zuwiderhandlungen werden nach § 32, Abs. 1, Ziffer 1, der gleichen Verordnung mit Gefängnis bis zu einem Jahre und mit Geldstrafe bis zu 10 000 Mark bestraft.

Ein Verfüttern von Zuckerrüben darf nur für die eigene Wirtschaft des Anbauers und auch hier lediglich nur dann erlaubt werden, wenn der Transport der Zuckerrüben nach einer rübenverarbeitenden Fabrik nach Lage der Verhältnisse auf keine Weise möglich ist oder völlig unwirtschaftlich erscheint und demgemäß die Verderbsgefahr für die Zuckerrüben nur durch Verfütterung abgewendet werden kann. Die Erlaubnis muß für den Stadtkreis Halle beim Magistrat schriftlich nachgesucht werden. Die Menge der zur Verfütterung freigegebenen Zuckerrüben wird im Erlaubnisschein bezeichnet.

Mangel an Futter, Transportschwierigkeiten und Ausdehnung der Rübenanbaufläche im Vergleich zum Vorjahre begründen unter keinen Umständen die Zulassung der Verfütterung von Zuckerrüben. Die Anordnung der Landeszentralbehörden vom 28. September 1916 über das Verfüttern von Zuckerrüben hat in diesem Jahre keine Geltung mehr.

Halle, den 14. November 1917. **Der Magistrat.**

Pelzhaus Rosenberg

Spezial-Etagengeschäft.

Gr. Ulrichstr. 6/8. **Halle,** Gr. Ulrichstr. 6/8.

Meine große Auswahl in **Pelzen** sämtlicher Fellarten

*1369 empfehle ich noch zu soliden Preisen.

Besondere Neuheit: Capes.

Besichtigung ohne Kaufzwang gern gestattet.

Moden-Zeitungen in grosser Auswahl.

Volksbuchhandlung Halle a. Saale, Harz 42/44.

In Ergänzung unserer Bekanntmachungen vom 17. September und 8. November 1917 werden die Fischhändler hiermit aufgefordert, die noch in ihrem Besitz befindlichen Abschnitte 98 und 101 des Warenbezugsscheines 10 binnen 3 Tagen im Stadt-Ernährungsamt Zimmer 11, einzusenden.

Zuwiderhandlungen werden gemäß der vorgenannten Verordnungen bestraft.

Halle, den 14. November 1917. **Der Magistrat.**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219171114-15/fragment/page=0006